



AZB 6304 ZUG
Adressberichtigungen melden:
Alternative Kanton Zug,
Postfach 4806, 6304 Zug

- * 8 Nationalrat – Offroader: das sozialdarwinistische Auto *
- * 14 Peakoil – Der Abstieg hat begonnen *
- * 16 Verbandsbeschwerderecht – FDP gegen Natur und Umwelt *
- * 18 Grüne St. Gallen – Grün Ding braucht Weil' *
- * 20 Stadtentwicklung – Zwischen Zürich, Monaco und dem Freiamt *



Cartoon: Chappatte

Inhaltsverzeichnis

- 2 Editorial
3 Editorial
4 Regierungsrat
6 Nationale Abstimmung
7 Bildung und Geschlecht
8 Nationalrat - Verkehrspolitik
10 US-Wirtschaft im freien Fall
13 Grünspecht
14 Peakoil
16 Verbandsbeschwerderecht
18 Grüne Kantonalparteien - St. Gallen
20 Raumplanung
23 Kantonsrat
24 Serviceteil

«Mission statement»
Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen:
Alternative Kanton Zug, Alternative Stadt Zug, Alternative Baar, Kritisches Forum Alternative Cham, Frische Brise Alternative Steinhausen, Gleis 3 Risch-Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri.
Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf.
Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.
Redaktion und Herausgeberverein «Das BULLETIN»

Veranstaltungen



MI, 1. Oktober: Alternative Monatsbar
18:30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, Mit Köchinnen und Köchen der Alternative Baar

SA, 18. Oktober: Politcafé
Thema Familien, Schule
09:30 Uhr, Café Martinspark, Baar

MI, 5 November: Alternative Monatsbar
18:30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, Mit Köchinnen und Köchen des Forum Oberägeri

Anschliessend: Diskussion mit Ueli Leuenberger
Nationalrat und Präsident der Grünen Schweiz
20:00 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug

DO, 13. November: Parteiversammlung Gleis3 Risch/Rotkreuz
19:30 Uhr, Sitzungszimmer Dorfmat, Rotkreuz

MI, 3. Dezember: Alternative Monatsbar
18:30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, Mit Köchinnen und Köchen der Frischen Brise Alternative Steinhausen

Adressen



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative Kanton Zug
Postfach 4806, 6304 Zug
041 711 99 09

www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro
Alternative Kanton Zug:
MO, 14:00 - 18:00 Uhr DO, 10:00 - 14:00 Uhr

Forum Oberägeri
Andreas Kuhn, Lutisbachweg 9
6315 Oberägeri
www.forum-oberaegeri.ch
forum-oberaegeri@mymail.ch

Freie Wähler Menzingen
Pia Rhyner, Präsidentin, Eustr. 16, 6313 Menzingen, Postfach 112, 6313 Menzingen
www.fw-menzingen.ch
pia@fw-menzingen.ch

Frische Brise Alternative Steinhausen
Postfach 123
6312 Steinhausen
www.frischebrise.ch
ursfalk@bluewin.ch

Gleis 3 Risch-Rotkreuz
Hanni Schriber, Unterer Haldenweg 5
6343 Rotkreuz
www.gleis3.ch
hannischriber@gmx.ch

Krifo Alternative Cham
Esther Haas, Sonneggstrasse 11, 6330 Cham
haas-pousaz@gmx.ch

Alternative Stadt Zug
Postfach 4805, 6304 Zug
www.alternative-stadt.ch
info@alternative-stadt.ch

Alternative Baar
Postfach, 6340 Baar
www.alternative-baar.ch
info@alternative-baar.ch

Alternative Fraktion im Kantonsrat
www.alternativefraktion.ch

Impressum



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

Bulletin Nr. 3, September 2008, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse: BULLETIN Alternative Kanton Zug, Postfach 4806, 6304 Zug, E-Mail: bulletin@ch.inter.net

Redaktion:
Philipp Bischof, Natalie Chiodi, Hansjörg Glauser, Philippe Koch, Adelina Odermatt (Fotos), Martin Stuber

Produktion:
Manuela Burkart, www.alphabeet.ch

Gestaltungskonzept:
alphabeet gmbh, S.H.E.D.

Belichtung & Druck: DMG Zug

Gedruckt auf Cyclus Print (100% Recycle Papier)

Nutzaufgabe: 1150 Exemplare

WEMF-bestätigte Auflage: 1025 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.-
KleinverdienerInnen Fr. 10.-
Unterstützungsabo: Fr. 50.-
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN, 6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 4/2008: Freitag, 5. Dezember 2008
Erscheinungsdatum:
Donnerstag, 18. Dezember 2008

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter

www.bulletin-zug.ch



26 Fliz-Programm im Kino Gotthard

Montag, 13. Oktober 2008, 20:00 Uhr
COMRADES IN



DREAMS, Dokumentarfilm von Uli Gaulke, 2006
Uli Gaulke hat vier Orte in 4 Kontinenten besucht: in Nordkorea, Burkina Faso, Indien und USA – wo leidenschaftliche Kinobetreiber ihr Leben der Vermittlung der 7. Kunst verschrieben haben. Er brachte das Kunststück fertig, dass die Menschen viel von ihrem Einsatz und ihrem Alltag preisgaben – was allein schon in Nordkorea unter der Knute der Staatsmacht an ein Wunder grenzt. Ausserdem lernen wir die Filmvorlieben dieser Länder kennen.
Uli Gaulke ist anwesend!

Montag, 10. November 2008, 20:00 Uhr
BILL – DAS ABSOLUTE



AUGENMASS von Erich Schmid, 2008
Eine Kinodokumentation zum 100. Geburtstag von Max Bill (1908 – 1994), eine Entdeckungsreise in seine Biographie, seine vielfältigen Begabungen, zu seinem gesellschaftlichen Verantwortungsbewusstsein und ein Wegweiser zu seiner Ästhetik der Einfachheit, die zeigen, dass er seiner Zeit weit voraus war.
Erich Schmid ist anwesend!

Montag, 1. Dezember 2008, 20:00 Uhr



I WAS BORN, BUT...
Stummfilm von Yasujiro Ozu / Japan 1932; mit Livemusik (Christoph Baumann, Isa Wiss, Jacques Siron, Dieter Ulrich). Ein Meisterwerk des berühmten Regisseurs: eine Familiengeschichte in der Stadt, mit den meisterhaft beobachteten Problemen der Kinder und der Erwachsenen um Akzeptanz.

Folgende Filme gehören zur Serie der trigon-filme zum 20-jährigen Jubiläum, die unter «Im Gotthard um die Welt» jeweils montags um 20:15 Uhr gezeigt werden.
29.09: Pure Coolness Kirgisistan
06.10: Sonhos de Peixe Brasilien

20.10: Hana Japan
27.10: Madrigal Kuba
03.11: Night Train China
17.11: El Otro Argentinien
24.11: Tokyo Sonata Japan
Vorpremiere

Siehe unter www.fliz.ch, www.kinoszug.ch, sowie www.trigon-film.org ■

Werbung fürs Bulletin – NeuabonnentInnen gewinnen!



Interessieren sich Ihre Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunde für Politik, für Zug, für eine gerechte Welt? Dann ist das BULLETIN die passende Zeitschrift!
Für jedes bezahlte Neuabo laden wir Sie zu einem Nachtessen in die alternative Monatsbar ein.
Auf bald!
Die HerausgeberInnen des BULLETINs.

Schicken Sie die Adresse fürs Abo bitte an:
bulletin@ch.inter.net

Nichts wird mehr sein, wie es war

Martin Stuber, Kantonsrat Alternative Zug | Bild AF

85 Millionen. Diese Zahl sollte jedeR kennen. Sie ist auch einfach zum Merken – zum Vergleich: Deutschland hat rund 85 Millionen Einwohner.

85 Millionen Barrel Öl werden täglich auf unserem Planeten gefördert – konventionelles und nicht-konventionelles Öl (zum Unterschied siehe Seite 14). Ein Barrel – also ein Fass – entspricht 159 Liter. Also umgerechnet 13.5 Milliarden Liter. Täglich! Der wertvollste Rohstoff, über den die Menschheit nach Wasser je verfügt hat, hält unsere Welt am Laufen. Seit 100 Jahren ist es zuerst qualitativ, dann aber auch quantitativ der wichtigste Primärenergielieferant. Die industrielle Entwicklung des letzten Jahrhunderts wäre ohne Öl nicht denkbar gewesen. Das 20. Jahrhundert wird nicht nur als das Jahrhundert der zwei verheerendsten Kriege und des Einsatzes der Atombombe in die Geschichte eingehen, sondern auch als das Öljahrhundert.

Im 21. Jahrhundert wird alles anders. Die Zeit der unbeschränkten Verfügbarkeit von billigem Öl ist unwiderruflich vorbei. Ob wir Peakoil schon hinter uns haben oder noch vor uns, oder ob wir mitten im Plateau vor dem endgültigen Rückgang der Förderung sind – dies ändert nichts an einer grundlegenden Einsicht: Wir müssen Abschied nehmen vom billigen Öl als Primärenergiequelle und umsteigen. Je schneller und je nachhaltiger wir das tun, desto schmerzloser verläuft dieser Umstieg.

Dabei sind wir in der Schweiz zugleich in einer sehr komfortablen und in einer sehr schwierigen Situation. Komfortabel, weil technologisch hochentwickelt und sehr reich, was den Umstieg auf alternative Primärenergieträger und vor allem die Energieeinsparung erleichtert. Sehr schwierig, weil

über 70% des schweizerischen Primärenergieverbrauchs durch importiertes Öl und Gas gedeckt wird.

Was tun? Dazu eine Anekdote: Kürzlich wurde in der Mittagspause zwischen Fussballfans hitzig debattiert, ob der russische Sponsor von Chelsea nun wohl 900 Milliarden Dollar Vermögen habe oder nur 320. «Habt ihr Probleme!» war mein Kommentar, worauf mich einer fragte: «Und Du, was würdest Du machen mit 900 Milliarden Dollar?» «Na ja, glücklicher wäre ich sicher nicht, aber ein paar Ideen hätte ich schon.» war meine Antwort. «So? Was denn?»

Ich würde drei Programme auflegen, die mit den Zinsen aus dem Vermögen bezahlt werden könnten (ein Festgeldzins von 2.4% würde reichen):

- Ein grosses Häuserisoliationsprogramm, langfristig rückzahlbar, zinslose Darlehen.
- Ein grosses Forschungsprogramm für Photovoltaik (Produktion und Produkt), das die Schweiz innert wenigen Jahren zum Spitzenproduzenten und Spitzenanwender von Photovoltaik macht.
- Einer mittelgrossen Stadt das Angebot machen, den ö.V. und Langsamverkehr soweit auszubauen, dass der Anteil des (Elektro-) Autoverkehrs auf 10% gedrückt werden kann.

Dann würde ich eine Initiative zur Volkswahl des Bundesrates lancieren (natürlich im Proporz Wahlverfahren), mich zum Bundesrat wählen lassen und die Schweiz innert 15 Jahren von der Abhängigkeit von Öl und Gas lösen. Netter Nebeneffekt: Der Tourismus würde viel diversifizierter, weil alle Welt zu uns kommen würde, um sich zu informieren, wie das geht.

Das Zauberwort heisst „Negawatt“ – die eingesparte Energie. Das schlagendste Beispiel: Der Standby-Verbrauch aller Elektrogeräte in der



Martin Stuber, Kantonsrat Alternative Zug.

Schweiz beschäftigt rund ein AKW der Grösse von Gösgen. Eine völlige Idiotie. Es ist heute technisch problemlos möglich, den Standby-Verbrauch auf Null zu senken. Man muss es einfach gesetzlich vorschreiben und dann dauert es etwa bis 10 Jahre, bis alle Stromfresser durch neue Geräte ersetzt sind. Ich habe die Sache mithilfe eines Strommessgerätes übrigens selber durchexerziert: Mit konsequenter Trennung aller Geräte des PC-Arbeitsplatzes vom Netz nach Gebrauch und einem neuen, auf Energieeffizienz getrimmten PC* spart unser Haushalt rund 10% des Jahresstromverbrauchs ein.

P.S. Ein realistischeres Gedanken-spiel geht so: Statt der Festgeldzinsen des nicht vorhandenen Milliardenvermögens nehmen wir die Milliarden, welche für den neuen Kampfjet vorgesehen sind.

*Ein HP dc5850 sff mit Plus 80 Netzteil und einem sparsamen Prozessor (AMD AX2 4450B) braucht 36 Watt im Normalbetrieb. ■

Stelle teilen - doppelt profitieren

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin Zug | Illustration Direktion des Innern

4 **Top Sharing oder Teilzeit auf Kaderstufe ist ein Novum in der kantonalen Verwaltung. Als Alternative Politikerin, Frau und Mutter wollte ich die höchste Kaderstelle meiner Direktion, das Generalsekretariat, mit zwei Personen im Teilzeitpensum besetzen. Als erste Direktion hat die Direktion des Innern seit dem 1. November 2007 ein Duo an der Spitze und erst noch die erste Frau.**

«Wer sagt, er würde so gerne Teilzeit arbeiten, aber in seiner Position sei dies leider nicht machbar, der lügt» erklärte der Verwaltungspräsident der SBB Thierry Lalive d'Epinay 2003 anlässlich einer Gleichstellungstagung der SBB. Diese Aussage spricht für sich. Kaum habe ich mein Amt als Regierungsrätin angetreten, war die Stelle der Generalsekretärin oder des Generalsekretärs neu zu besetzen. Ich hielt mich dabei an die Zuger Personalgesetzgebung und setzte diese 1:1 um. Diese Kaderposition sollte im Top Sharing besetzt werden. Zu Beginn stiess ich damit nicht nur auf Wohlwollen. Die Gemüter haben sich mittlerweile beruhigt. Die Direktion des Innern wird regelmässig an Veranstaltungen eingeladen, um über ihre Top Sharing Erfahrungen zu berichten.

Zuger Personalgesetz

Die Zuger Personalgesetzgebung von 1994 ist betreffend Teilzeitstellen sehr fortschrittlich. Grundsätzlich soll die Teilzeitarbeit auf allen Stufen offen sein. Vor der Neubesetzung einer Stelle ist zu prüfen, ob diese durch mehrere Mitarbeitende im Teilpensum besetzt werden kann. Steht dem nichts entgegen, ist bei der Stellenausschreibung darauf hinzuweisen. Im 2006 bekräftigte der Regierungsrat zudem, dass er grossen Wert auf die Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen legt und somit die Teilzeitarbeit und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern möchte. Die Regierung ist der Meinung, dass mit einer konsequenten

Anwendung das angestrebte Ziel der ausgewogenen Vertretung beider Geschlechter und die Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in allen Organisationseinheiten in der kantonalen Verwaltung Zug nachhaltig verfolgt werden kann. Vermehrte Teilzeitarbeit, auch auf Kaderstufen, wirkt nicht nur der Untervertretung des weiblichen Geschlechts in diesem Bereich entgegen, sondern erlaubt es auch Vätern, verstärkt familiäre Verpflichtungen wahrzunehmen.

Duo in Kaderposition

Die Direktion des Innern hat eine breite Palette unterschiedlicher Rechtsgebiete: die Kantonsarchäologie und Denkmalpflege, das Forstwesen, der Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst, die Aufsicht über Wahlen und Abstimmungen, das kantonale Sozialamt, das Grundbuch- und Vermessungsamt und die Fischerei und Jagd. Die fachliche Leitung dieses grossen Aufgabengebietes auf eine Person zu konzentrieren, ist heikel. Viel idealer ist es, die Aufgaben auf zwei sich ergänzende Personen zu verteilen. Bei der Stellenausschreibung «Generalsekretärin oder Generalsekretär» habe ich mich an die oben erwähnten Grundsätze gehalten. Im Stelleninserat wurde darauf hingewiesen, dass die Aufgabenteilung unter zwei sich ergänzenden Personen bevorzugt wird.

Die Bewerbung von einem Duo, einer Frau und einem Mann, für das Generalsekretariat war für mich ein Glücksfall. Sehr wenige Personen

bewerben sich als «Duo» für eine Stelle. In unseren Bewerbungsgesprächen haben wir alle Personen, auch wenn sie sich einzeln beworben haben, auf die Bereitschaft zur Teilzeitarbeit angesprochen. Die Bewerbenden haben darauf mehrheitlich sehr zurückhaltend reagiert.

Ich bin Politikerin, Arbeitgeberin, Frau und Mutter. All diese Rollen prägen mich. Die Diskussionen um Top Sharing oder Teilzeit auf oberster Kaderstufe wird immer noch sehr ideologisch diskutiert. Aus meiner Erfahrung lässt sich vieles organisatorisch lösen, wenn die Beteiligten dazu bereit sind.

Legitimation Top Sharing

Im Kanton Zürich wurden vor 22 Jahren die ersten Versuche für Teilzeitarbeit von 100 Lehrerinnen und Lehrern zugelassen. Damals gab es viele Argumente gegen dieses Pilotprojekt. Teilzeit im Lehrberuf sei aus organisatorischen und pädagogischen Gründen nicht möglich. Heute ist es selbstverständlich, dass Lehrpersonen Teilzeit arbeiten können. Die Vorteile dieses Modells werden von Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonen, Eltern und Schulbehörden geschätzt. Das lässt die Hoffnung aufkommen, dass für die nächste Generation Top Sharing auch eine Selbstverständlichkeit wird. Ohne strukturelle Verbesserungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden Frauen im Kader und in der Politik die Ausnahme bleiben. Für viele Frauen und immer mehr Männer ist es wichtig, Teilzeit arbeiten zu können. Der Kanton Zug ist zurzeit kein Vorzeigemodell, was die Anzahl Frauen auf Kaderstufe betrifft. Von 56 Amtsleiterinnen und Amtsleitern (ohne Rechtspflege), sind lediglich 7 Frauen, also 12,5 %. Das Amt des Regierungsrates zu teilen, liegt in weiter Ferne. Was



Der Schreck über die libysche Drohung, den Ölhahn zu schliessen, bloss weil der Sohn eines durchgeknallten Diktators von den Genfer Behörden wie jeder andere Bürger auch behandelt wurde, hat zwar den Medien über das Sommerloch hinweggeholfen. Dass sich unsere Presse aber Rechenschaft darüber ablegt, in welcher empfindlicher Abhängigkeit sich die Schweiz bei der Energieversorgung befindet und dass das **unser grösstes Sicherheitsproblem** ist – Fehlanzeige. Dafür gibt es vom Tagi über Blick bis zur NZZ schöne Fotostrecken über «unser» neues Kampfflugzeug. Ob die Reichweite des «Gripen» für den Jagd-Flug nach Tripolis genügt?

Ja, die Medien. Wer in der Ära Gabrielle Keller glaubte, schlimmer könne es mit der Neuen Zuger Zeitung nicht mehr kommen und aufatmete, als Keller durch **Christian-Peter Meier** ausgetauscht wurde, sah sich getäuscht. Noch seichter, noch mehr Hofberichterstattung, mit klarem Trend nach rechts und Kampagnenjournalismus für wichtige bürgerliche Zuger Projekte – es geht durchaus noch schlimmer. Und jetzt das Ganze auch noch am Sonntag.

In der ersten Sonntag-Nummer fühlte sich CPM allerdings genötigt, den Artikel über **Andreas**

SICHERN SIE SICH EIN FASS ROHÖL*!



Ein Form eines Produkts von Goldman Sachs Symbol LCOEUR

Swissquote Bank schenkt Ihnen für Ihre Kontoveröffnung ein Rohölzylinder von Goldman Sachs, basierend auf dem American Stock Exchange Oil Index. Und dazu gibt es noch ein Fass... Ökonomik ist ein Thema. Profitieren Sie von modernen Analyse- und Echtzeitinformationen. Entdecken Sie mit Swissquote Bank die verborgenen Möglichkeiten, die ein vollstiller Markt bietet.

www.swissquote.ch **SWISSQUOTE** DER SCHWEIZER LEADER IN ONLINE TRADING

Halbseitiges Inserat in der NZZ vom 18. Juli. Tags darauf fiel der Ölpreis um über 10% ...

«Bösgi» Bossards mutiges Hinstehen gegen das «Belvedere»-Projekt mit einem eigenen Kommentar zu entschärfen. Nun wissen wir also, dass die Frau eines Exekutivmitgliedes keine eigene Meinung mehr äussern darf, die der Meinung der Mehrheit in der Exekutive widerspricht.

«Bösgi» hat beim «Malvedere» (Malvedere - Copyright by Felix Renner) das bewiesen, was zu vielen PolitikerInnen abgeht: **Rückgrat.**

Mit wenig Rückgrat, aber dafür umso gymnastischeren Verrenkungen referierte Stapi Dolfi Müller in der Sitzung des Grosse Gemeinderates vom 9. September zum Thema Belvedere. Die Ankündigung, dass der **Stadtrat in corpore** aus dem «Belvedere Pro Komitee» ausgetreten sei, verband er mit der Bemerkung, dass der unselige Entscheid im Stadtrat für den In-Corpore-Beitritt damals 5:0, 4:1 oder 3:2 gefallen sein könne. Tja, das Kollegialitätsprinzip... Um tags darauf auf der ersten Seite der Neuen ZZ zu verkünden, vier Stadträte seien als Einzelpersonen dem Ko-

mittee wieder beigetreten. **Rechne.**

Dass der In-Corpore-Beitritt zum Ziel hatte, Stadtrat Bossard einen **Maulkorb** umzuhängen, kümmerte SP-Fraktionschef Urs Bertschi nicht. Ganz in der Rolle von Stapi Müllers Adjutant packte er an der erwähnten Sitzung den **rhetorischen Zweihänder** aus und drosch mit aller Kraft auf Andreas Bossard ein. Fragte ein GGRler am Abend beim Bier: «Was ist der Unterschied zwischen SP-Bertschi und der de facto immer noch FDP-Fraktionschefin Cornelia Stocker? Bertschi geifert am Rednerpult während der Ratssitzung gegen 'Bösgi', Stocker erst nachher vor dem Regierungsgebäude.»

Zuerst im Herti, jetzt beim Belvedere - es bleibt die Erkenntnis, dass die Stadtzuger SP vor lauter schöner Aussicht auf den Zugersee die sozialen Fragen völlig **aus den Augen verloren** hat. Ganz wohl ist es den «Genossinnen» mit ihrem Ja zum Belvedere vielleicht nicht: Auf der Homepage fand sich bis Redaktionsschluss weder die Parole noch eine inhalt-

liche Stellungnahme zur Belvedere-Abstimmung.

Rückgrat bewiesen hat auch die reformierte **Pfarrerin von Cham**, Karin Bredull. Anlässlich des offiziellen Festakts «1150 Jahre Cham» in der Jakobskirche vom 7. September wurden zwei Reden gehalten. Der oberste **Nestlé**-Boss Paul Bulcke idealisierte in seiner Festansprache seinen Multi und dessen Beziehungen zu Cham. Pfarrerin Bredull kritisierte in ihrer brillanten Predigt gewisse Geschäftspraktiken des in Cham entstandenen Weltkonzerns. Preisfrage: Welche der beiden Reden wurde in der Neuen Zuger Zeitung und in der Zuger Presse totgeschwiegen?

Nicht Schweigen tun die Schweizer Bischöfe in der Diskussion um die Hanf-Initiative. Sie lehnen die Liberalisierung des Cannabis-Konsums ab. Wo käme die Kirche hin, wenn Priester den traditionellen **Weihrauch durch Hasch ersetzen** würden. Also wehret den Anfängen, damit niemand bekifft die Kirche verlässt. ■



24 Büchermail

Susanne Giger, Buchhandlung Schmidgasse

Felix Renner, Zeit-Zeichen. Aphorismen



Im Rahmen einer Vernissage wurde das neue Buch von Felix Renner Ende Juni vorgestellt. Seine Aphorismen begleiten mich seit Anfang meiner Ausbildung zur Buchhändlerin 1982 in der Buchhandlung Schmidgasse. Damals ist gerade der erste Band «Aphoristische Schwalben» erschienen, und die weiteren Werke haben mich durch mein Buchhändlerleben begleitet. Ich war immer der Ansicht, dieser Mann hat etwas zu sagen, und wie er es tut, in Form von Aphorismen, gefällt mir besonders gut. Damals 1982 hat man noch Aphorismen gelesen. Zum Beispiel die «Unfrierten Gedanken» des berühmten polnischen

Autor Stanislaw J. Lec. Heute ist Felix Renner eine der bekanntesten Stimmen in der Gattung des Aphorismus. Viele Leser kennen ihn auch durch seine im «Nebelspalter» und in der Zuger Presse publizierten Texte. In der Zuger Presse wird er nicht mehr zu lesen sein. Die «alten» Kolumnisten mussten zugunsten der «jungen Feder» abtreten. Sehr schade, finde ich. Aber wer weiss, vielleicht finden sie ja in einem anderen «Blatt» eine neue Plattform. Hier meine Auswahl seiner schönsten und aktuellsten Aphorismen.

Sprachliche Designer-Drogen:

«Ein Aphorismus ist ein spracheuphorisches Innenhalten kurz vor dem Abtauchen in die Sprachlosigkeit.»
«Liebe verhält sich aphoristisch, Hass neigt zum System.»

Die Pseudoelite der Politiker:

«Ein Politiker, der sich um die schwierige Balance zwischen gesundem Selbstbewusstsein und überhöhter Selbstsicherheit bemüht, nähert sich bereits dem Ende seiner Karriere.»
«Weniger sein eigenes Mittelmaß als vielmehr dasjenige seiner Wähler haben ihn in sein Amt gehievt.»

Schwankungen des see-lischen Klimas:

«Wünsch dir was! Schon

Wünsche als solche erweitern das Bewusstsein, was soll da noch ihre Erfüllung?»
«Es gibt eine geistig-seelische Verfettung über die keine Schlankheit hinwegtäuscht.»

Kultur und das Klumpenrisiko ihrer Zerstörung:

«Kunst ist das Gegenteil von gut gemeint» (Gottfried Benn 1886-1956) – «und sobald es die öffentliche Sparwut mit der Kultur schlecht meint, geht sie zuerst der Kunst ans Lebendige.»
«Unser Geistesleben ist zu einem bedeutenden Teil nichts anderes als die Aneinanderreihung verpasster Buchlektüren.»

Felix Renner wurde 1935 in Zug geboren und war bis zu seiner Pensionierung Ende 1999 als Jurist in der Staatskanzlei des Kantons Zug tätig. 1971 – 1975 arbeitete er als Journalist und begann ab 1971 damit, Aphorismen zu veröffentlichen.

Felix Renner : Zeit-Zeichen. Aphorismen
Littera Autoren Verlag.



nicht ist, kann aber noch werden. Tatsache ist, dass für viele Frauen ein Regierungsratsamt nicht in Frage kommt. Im Kanton Zug gibt es nur eine Frau unter sieben Regierungsräten.

Sicht der Arbeitgeberin

Nach den ersten 10 Monaten kann ich wirklich sagen: Stelle teilen - doppelt profitieren. Ich bin von diesem Modell begeistert und sehe primär Vorteile:
• Kaum war das Generalsekretariat besetzt, musste eine Person des Top Sharing Teams aufgrund eines Todesfalls für eine Zeit dem Arbeitsplatz fernbleiben. Hätte ich nur eine Person angestellt, wäre mein Generalsekretariat zu 100% ausgefallen. Mit 2x 50 % blieb die Stelle jedoch besetzt und ein Teil der Arbeit wurde erledigt. Bei dringenden Geschäften ist der eine Teil des Duos zusätzlich eingesprungen.
• Ich habe zwei Personen, die mich bei schwierigen Geschäften beraten, die Zukunft mitgestalten, kreativ mitdenken usw. Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile. Ich profitiere also mehr als im dop-

«Die fachliche Leitung eines so grossen Aufgabengebietes auf eine Person zu konzentrieren, ist heikel. Viel idealer ist es, die Aufgaben auf zwei sich ergänzende Personen zu verteilen.»

pelten Sinne! Diese Erkenntnis von Aristoteles ist nicht neu, sondern stammt aus einer Zeit weit vor Christi Geburt.

- Jede Person hat Stärken und Schwächen. Bei zwei sich ergänzenden Personen werden Schwächen auf ein Minimum reduziert, während die Stärken sich erhöhen.
- Ich habe Ansprechpersonen, die dank ihrer Teilzeitstelle vielseitig tätig sein können. Sei dies ein Engagement für die Familie oder für andere gesellschaftliche Aufgaben. Dies bringt mir als Arbeitgeberin neben ihrer beruflichen Erfahrung ein zusätzliches wertvolles Know-how.
- Absenzen wegen Krankheit oder Arztbesuchen, das Aufsuchen von Amtsstellen, Telefonate etc. sind gemäss Studien eindeutig viel geringer, da solches in der Regel an den erwerbsfreien Tagen erledigt wird.
- Die Produktivität von 2x 50 % ist höher als bei 1x 100%. Es gibt

kaum jemand, der Vollzeit arbeitet und keine Einbrüche in seiner Produktivität hat. Es ist belegt, dass Teilzeitangestellte mit grosser Verantwortung stark motiviert und sehr produktiv sind.

• Aus volkswirtschaftlicher und politischer Sicht sind Teilzeitstellen im Topkader klar zu unterstützen: Die Erwerbsarbeit kann auf mehrere Personen verteilt werden. Die Mitarbeitenden sind motiviert. Die Work-Life Balance wird eher gehalten. Als Arbeitgeberin habe ich eine grössere Auswahl an Bewerbenden. Nämlich alle Personen, die nicht Vollzeit arbeiten können oder möchten, v.a. Frauen (Stichwort Chancengleichheit).

Fazit:

Ich kann das Modell Top Sharing sehr empfehlen und bin gespannt, wie lange es dauert, bis sich dieses Erfolgsmodell in verschiedensten Bereichen etabliert. ■

Nüchterne Betrachtungen zur Hanf-Initiative

Gerit Müller, Nationalrat Grüne und Co-Präsident des Komitees «Pro Jugendschutz gegen Drogenkriminalität» | Bild istockphoto.com

6

Die Volksinitiative «Für eine vernünftige Hanfpolitik mit wirksamem Jugendschutz» verlangt die Anpassung unserer Gesetze an die gesellschaftliche Realität und basiert auf den Forderungen des Bundes- und Ständerates zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes. Am 30. November wird über die Initiative abgestimmt.

1908 stand in Meyer's Lexikon und damit in allen guten Stuben folgendes: «Haschisch in Massen und in guter (!) Qualität genossen schadet kaum: übermässiger, anhaltender Genuss von schlechtem Haschisch, namentlich bei dürftiger Ernährung, wirkt zerrüttend. Man glaubt, dass sein Genuss zu harter, anhaltender Arbeit befähigt, Schmerz tilgt und den üblen Wirkungen des Klimawandels vorbeugt. Man schreibt ihm die Erzeugung eines heiteren, angenehmen Rausches zu.» Conrad Ferdinand Meyer (nicht verwandt mit vorherigem Meyer) lässt seine Figuren ebenso kiffen wie der deutsche E.T.A. Hoffmann. Die britische Kolonialverwaltung in Indien verzichtet ausdrücklich, den Cannabis-Konsum zu verbieten. Sie wehrte Angriffe auf diesen Liberalismus ab mit dem Verdacht, dass die Prohibitionsbefürworter als Ersatz Schnaps verkaufen wollten. Zwischen 1911 und 1931 spielte der Hanf auf den ersten internationalen Opiumkonferenzen des Völkerbundes keine Rolle. Cannabis war bis zu dem Zeitpunkt das, was es heute noch ist: eine Wildpflanze, welche weltweit verbreitet ist und Kennern zu Genuss verhalf. Ausserdem wurde es von zahlreichen Bauern angebaut, da die Produktion von Hanfprodukten äusserst lukrativ war. Hanfstoffe für Kleider, Verpackungen, Isolation und Medikamente galten als hochqualitativ.

Verbot des «Mörderkrauts»

Dann kamen die USA. Anfangs dreissiger Jahre gründete Harry Anslinger das «Federal Bureau of

Narcotics FBN», das von den Industriellen DuPont, Hearst und Ölmagnaten gesponsert wurde. Hanf war eine unliebsame Konkurrenz zu ihren Produkten. Das Verbot war geboren. Ausserdem hatte man einen weiteren Repressionsgrund gegen die in Amerika lebenden farbigen «Subjekte» – als Menschen galten diese ja noch nicht. Wichtiges Detail: Sowohl DuPont wie Hearst bewunderten offen Hitler und seine Rassentheorie. 1937 wurde der «Marihuana Tax Act» geschaffen und brachte die landwirtschaftliche Produktion in den USA zum Erliegen. Heute sorgt die Nachfolgeorganisation des FBN, die «Drug Enforcement Agency DEA» für die Durchsetzung des weltweiten Verbots dieses «Mörderkrauts».

Fragwürdige Studien

Der Ausflug in die Geschichte ist wichtig für die Volksabstimmung vom 30. November 2008. Sie zeigt auf, um was es geht. Die Gegner der Hanfentkriminalisierung zerren mit fragwürdigen Studien Argumente in die Öffentlichkeit, welche bei Lichte besehen nur auf einer ideologischen, fundamentalistischen Logik aufbauen. Als Beispiel sei die Studie der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich erwähnt. Sie stellt fest, dass immer mehr Patienten mit der Diagnose Schizophrenie Cannabis konsumiert hätten. Diese Tatsache mag sogar stimmen.



Die Hanf-Initiative verlangt eine Entkriminalisierung des Cannabiskonsums.

Als diplomierter Psychiatriepfleger weiss ich denn auch, dass die Symptome von Schizophrenie schrecklich und für den Betroffenen unbegreiflich sind. Er unternimmt alles, um die Phänomene wie Stimmen, die zu einem sprechen, oder bedrohende Bilder wieder weggehen. Mit der Zeit ist ihm jedes Mittel recht: Alkohol, Tabletten, Drogen. Was die Studie nicht sagt: Der Anteil der Schizophreniekranken ist weltweit und seit Jahren sehr stabil bei 1,5% der Bevölkerung. Die CannabiskonsumentInnen haben aber in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen und sind heute bei rund einer halben Million stabil.

Was will die Initiative?

Die Hanf-Initiative will den Anbau, Handel, Besitz und Konsum strafrei machen. Jugendliche sollen Cannabis nicht konsumieren (den Jugendschutz kennen wir ja im Arbeits- und Strassengesetz auch für andere Substanzen). Wer Jugendliche bedient, wird ergo bestraft. Ausserdem verzichtet sie ausdrücklich auf Werbung, was man beim Tabak und Alkohol bis heute noch immer nicht geschafft hat. ■

Knappes Ja zum Nichtraucherschutz

Vroni Straub-Müller, Kantonsrätin Alternative Fraktion/CSP | Bild: istockphoto.com

An der Kantonsratssitzung vom 3. Juli 2008 wurde in einer ersten Lesung über das Gesundheitsgesetz und damit über den Nichtraucherschutz beraten. Obwohl keine Partei mehr Argumente gegen den Nichtraucherschutz hat, kam es im Parlament zu einem äusserst knappen Entscheid.

Das derzeitige Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug stammt aus dem Jahr 1970. Es hat sich bewährt und wurde nur wenige Male unwesentlich angepasst. In den letzten Jahren hat sich im öffentlichen Gesundheitswesen einiges geändert. Zu nennen ist das neue Medizinalberufegesetz des Bundes, welches im September 2007 in Kraft getreten ist, oder das Krankenversicherungsgesetz (KVG), welches in Dauerrevision steht. Die medizinische Versorgung hat sich zu einem breit gefächerten Dienstleistungsangebot entwickelt, die Erwartungen der Patientinnen und Patienten an die Leistungen steigen, trotz oder gerade wegen der stetig steigenden Gesundheitskosten.

Schliesslich bestehen auch Erwartungen in Bezug auf die Regelung der Patientenrechte. Diese fanden im geltenden Gesundheitsgesetz nur am Rande Eingang. Regeln wird man hier neu etwa das Recht auf Behandlung, auf Selbstbestimmung oder auch auf Einsicht in die Krankengeschichte, d.h. auch auf Herausgabe der Originalkrankenakten. Ziel der Revision ist es, ein Gesundheitsgesetz zu schaffen, das den Anforderungen wiederum längerfristig genügt.

Geschlossene Haltung der Alternativen

Nachdem Anna Lustenberger-Seitz und ich als Vertreterinnen der Alternativen Fraktion bereits vorgängig an sechs Sitzungen der Gesundheitskommission teilgenommen hatten, freuten wir uns auf die Debatte. Eigentlich hat die Revision des Gesundheitsgesetzes weder etwas mit linker noch mit rechter Politik zu tun. Trotzdem war es

doch die linke Ratsseite, und hier vor allem die Alternative Fraktion, welche meist geschlossen der Fassung der vorberatenden Gesundheitskommission zugestimmt hat. Die Kommission hat in den meisten Fragen die Vorlage der Regierung unterstützt, so wie sie auch von fast allen Parteien in der Vernehmlassung gutgeheissen wurde. Eine grosse Bedeutung kommt bei dieser Revision der Gesundheitsförderung und der Prävention zu. Auch die palliative Medizin fand Einzug in das Gesundheitsgesetz. So unterstützt die Gesundheitsdirektion Massnahmen im Bereich der palliativen Medizin, Pflege und Begleitung.

Bürgerlicher Slalom beim Nichtraucherschutz

Umso erstaunter waren wir, dass im Abschnitt Prävention der Nichtraucherschutz nur mit dem Stichentscheid des Präsidenten zustande gekommen war. Für die

Alternative Fraktion ist es unverständlich, dass so viele bürgerliche Kantonsratsmitglieder die Haltung ihrer eigenen Parteien zum Nichtraucherschutz nicht mittragen. In Anbetracht der wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Passivrauchens gibt es heute keine Argumente mehr gegen eine gesetzliche Regelung für rauchfreie, öffentliche Räume.

Unser Antrag, dass die sogenannten Fumoirs, also baulich vom Restaurant abgetrennte, belüftete Räume, unbedient sein müssen, wurde abgelehnt. Die Zustimmung des Rates bei der ersten Lesung zur verlängerten Uebergangsfrist von zwei Jahren zeigt, wie viele Parlamentarier bzw. Parlamentarierinnen sich mit diesem wichtigen Punkt, nämlich mit dem Nichtraucherschutz, nicht anfreunden können oder wollen. Die Alternative Fraktion wird auf die zweite Lesung einen Antrag für eine schnellere Umsetzung des Gesundheitsgesetzes stellen. Uns geht es um den Schutz der Arbeitnehmenden und der Öffentlichkeit, heute – und nicht erst übermorgen. ■

Volle Aschenbecher:
Die Nase voll!



23

letzten Jahren wird im Zusammenhang mit Föderalismus meist über den Steuerwettbewerb kontrovers diskutiert. Doch der Föderalismus beschränkt sich nicht darauf. Ein föderalistisches System wie die Schweiz bringt unzählige Ideen zu politischen Problemen hervor, die sich gegenseitig konkurrenzieren, aber auch befruchten können. Aber ich gebe Ihnen teilweise Recht: Die Raumplanung kann nicht an der Kantonsgrenze Halt machen. Für mich muss die Raumplanung auf drei Ebenen stattfinden. Die erste Ebene ist die überregionale Ebene. Auf dieser müssen vielleicht zehn Prozent aller Probleme verhandelt werden. So ist klar, dass wir die grundlegenden Verkehrsprobleme zwischen Zürich und Luzern nicht alleine lösen können. Infrastrukturentscheide in Zürich wirken sich unmittelbar auf die Realitäten und damit auf die Politik in Zug aus. Die zweite Ebene ist die interregionale Ebene. So dient etwa die Plattform Aargau-Zug (PAZU) dazu, anfallende Koordinationsprobleme an den Grenzen zwischen dem Freiamt und Zug anzusprechen und gemeinsame Lösungen zu finden. Auf der dritten Ebene stehen die Gemeinden, in denen die meisten raumwirksamen Entscheide getroffen werden. Der Kanton dient dabei als Zentrum und Verbindungsglied zwischen diesen Ebenen.

BULLETIN: Doch kommt es nicht zu Widersprüchen zwischen den Entscheidungen auf den unterschiedlichen Ebenen?

René Hutter: Ja, das mag schon sein. Ich denke aber, dass der Richtplan ein gutes Instrument ist, um die jeweiligen Ziele und Vorstellungen auf den unterschiedlichen Ebenen zu integrieren. Das Bundesamt für Raumplanung (ARE) ist eher der Meinung, dass die Koordination zwischen den unterschiedlichen Ebenen nicht gut klappt. Wir in Zug

sind aber durchaus glücklich mit dem heutigen Zustand. Wir versuchen nicht die Gemeindeautonomie anzutasten, sondern vielmehr die Raumplanung in Zug zwischen den Gemeinden zu harmonisieren und die Probleme mit den umliegenden Kantonen zu koordinieren. Die Flughöhe der Raumplanung muss dem sachlichen Problem angemessen sein - es scheint mir nicht praktikabel und auch nicht erstrebenswert, dass der Bund über die Entwicklung in den Gemeinden debattiert und entscheidet.

BULLETIN: Aus ihrem Munde tönt es so, als ob es keinen Preis für den Föderalismus gäbe - ist also alles gut so, wie es ist? Oder anders gefragt: Was wäre in der Raumplanung besser, wenn es in Zug, so wie Glarus, nur noch drei Gemeinden oder noch radikaler, nur noch eine Gemeinde gäbe?

René Hutter: [überlegt] Der Preis des Föderalismus ist in der Raumplanung finanziell sicher zu vernachlässigen. Und es gibt keinen politischen Willen, um aus Zug einen Stadt-Kanton mit nur einer Gemeinde zu machen. Aber es stimmt schon: Bei der Ausarbeitung des Richtplans haben wir Bedürfnisse der Gemeinden berücksichtigt, die eigentlich unseren planerischen Vorstellungen zuwider liefen. So konnten wir etwa die Entwicklung der Arbeitsplätze nicht auf die engere Agglomeration von Zug beschränken. Der Richtplan sähe wahrscheinlich schon anders aus, wenn der Kanton nicht in Gemeinden unterteilt wäre. Aber ich teile nicht die Auffassung von gewissen Planern, die den politischen Raum nur nach funktionalen Überlegungen aufteilen möchten, im Sinne von: «An diesem Ort wohnen und schlafen die Menschen, also bauen wir dort nur noch Mehrfamilienhäuser, an jenem Ort sollen die Menschen arbeiten, und schliesslich an einem dritten Ort sollen die Menschen ihre

Freizeit verbringen». Die Identität der Menschen hat einen Raumbezug, und dieser lässt sich nicht so einfach negieren oder überwinden, und das ist auch gut so. Die Menschen fühlen sich nun mal der Gemeinde oft näher als dem Kanton.

BULLETIN: Es geht letztlich doch um Autonomie und vor allem um Identität – wir werden uns wohl nie als Metropolitaner, sondern immer als Steinhauser, Oberwiler oder Baarer fühlen...

René Hutter: Ich habe mal an einer Konferenz gesagt, dass der Kanton Zürich eigentlich zu gross ist, um eine gute Raumplanung zu machen. Auf kantonaler Ebene fehlt oftmals das lokale Wissen, die lokale Einbindung, um eine gute Raumplanung machen zu können. Aber was das Lokale genau auszeichnet, ist von Gemeinde zu Gemeinde anders und ist auch innerhalb der Gemeinde meist umstritten. ■

*«Die Schweiz. Ein städtebauliches Portrait», ETH-Studio Basel, Institut Stadt der Gegenwart (Hrsg.), 2005.

Weitere Informationen: «Zug - Ansichten und Aussichten einer Stadlandschaft», Hochparterre, Nr. 1-2, 2008 / «Baukasten Schweiz», DAS MAGAZIN, Nr. 44, 2005 / «Stadlandschaft oder Landschafts-Stadt Schweiz. Lorzenstadt Zug im Kontext», archithese, Sondernummer, 2000 / «Zug sehen und auswandern?», WOZ vom 28.10.2004 / «Stadtland Schweiz», Angelus Eisinger und Michael Schneider (Hrsg.), 2005.

Zwischen Lippenbekenntnis und Notfalleinsatz

Zwischen Lippenbekenntnis und Notfalleinsatz

Was im ersten Abschnitt der Schweizerischen Bundesverfassung steht, ist auch im ersten Teil des neu initiierten Zuger Konzepts «Gute Schule», Qualitätsmanagement an den gemeindlichen Schulen, verankert: der Grundsatz zur Geschlechtergerechtigkeit. Vom politischen Auftrag bis zur Umsetzung im Schulalltag ist allerdings ein weiter Weg. Oft wird Genderpädagogik erst dann wirksam, wenn's brennt. Zu Unrecht.

Mit Spannung habe ich das soeben von der Bildungsdirektion veröffentlichte Konzept «Gute Schule» studiert. Pünktlich zum Schuljahresbeginn erhält das Rahmenkonzept zum Qualitätsmanagement an den gemeindlichen Schulen im Kanton Zug Verbindlichkeit. Dabei bekennen sich Zuger Schulen zur Chancengerechtigkeit in der Bildung, zu Bildungschancen unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Schichtzugehörigkeit. Diese Grundsätze sind für eine öffentliche Schule wichtig und notwendig, die Umsetzung stellt allerdings einen hohen Anspruch an Bildungsverantwortliche. Qualitätsmanagement basiert auf der Begleitung von der Idee bis zur Umsetzung, so ist das auch im Zuger Konzept vorgesehen.

Nicht nur Krisenbewältigung

Die Realität zeigt, dass ein differenzierter und kritischer Umgang mit Geschlecht in der Schule oft erst dann aktuell wird, wenn es brennt: bei der Krisenintervention zum Thema Mobbing oder sexuelle Übergriffe, in der Suchtprävention, bei Schwierigkeiten in heterogenen Klassen. Der Nutzen und die Wirkung einer geschlechtergerechten Schule gehen aber weit über die Krisenbewältigung und den Notfall hinaus.

Wenn der Bildungsauftrag heisst, Kinder dort abzuholen wo sie stehen und nach ihren Möglichkeiten zu fördern, dann muss berücksichtigt werden, dass Kinder aus Jungen- und aus Mädchenwelten kommen

und sich während der Primarschulzeit intensiv in geschlechtshomogenen Gruppen bewegen. Dabei kann Geschlechtergerechtigkeit nicht mit durchgehender Gleichbehandlung gewährleistet werden. Dies ist eine pädagogische Haltung aus dem letzten Jahrhundert, die in der Entwicklung zur Geschlechterdemokratie damals wichtig war. Sie hat die Mädchen von vielen Benachteiligungen befreit, wird aber auf Dauer den Unterschieden aus Jungen- und Mädchenwelten nicht gerecht.

Ein anerkannter Wert

Genderkompetenz gehört heute zu den Schlüsselqualifikationen in der Wirtschaft, Genderkompetenz ist ein Qualitätsmerkmal für Führungspersonen, Genderkompetenz ist auch in der Umsetzung auf dem Weg zur geschlechtergerechten Schule gefragt. Kompetenzen, Qualitäten, Qualifikationen hüben wie drüben, in der Schulwelt, wie in der Arbeitswelt. Der Vergleich mit der Arbeitswelt lohnt sich insofern, als die dort verlangten Kompetenzen nicht in erster Linie auf einem politischen Auftrag basieren sondern wirtschaftlich nutzbringend sind, was wiederum in unserer Gesellschaft ein anerkannter Wert ist.

Gemäss dem Konzept «Gute Schule» sollen Kinder aus der Bildungsarbeit wichtige Schlüsselkompetenzen wie Selbstvertrauen oder Kommunikationsfähigkeiten erwerben. Und genau hier setzt die Genderpädagogik an: Bei der gezielten Mädchen- und Jungenarbeit wird

Selbstvertrauen gestärkt ohne gegengeschlechtliches Gockel- und Zickenverhalten, und in bewusst geführten verbindenden Teilen kann die Kommunikation insbesondere auch zwischen den Geschlechtern gefördert werden. Lange vor der Krisenintervention.

*Dieser Artikel ist der dritte Beitrag einer Themenreihe zu «Bildung und Geschlecht».

Die Autorin Marianne Aepli, Master of cultural&gender studies, arbeitet als Primarlehrerin in Menzingen sowie in der Aus- und Weiterbildung von Primarlehrpersonen in Zug und Luzern.

Vom guten und ungenuten Kräftemessen: Chancengerechtigkeit in der Bildungswelt stellt sich nicht von alleine ein.



Offroader – das sozial-darwinistische Auto

Josef Lang, Nationalrat Alternative Kanton Zug | Bild Junge Grüne

8 Die kürzlich von den Jungen Grünen eingereichte Volksinitiative für menschenfreundlichere Fahrzeuge wirft drei brisante Fragen auf: die ökologische, die soziale und die der ungleich verteilten Sicherheit im Verkehr. Auf den Abstimmungskampf über die Offroader-Initiative freue ich mich fast so stark, wie ich mich seinerzeit auf den über die Schweiz ohne Armee gefreut habe. Die beiden Initiativen haben zwar wichtige Unterschiede: Das Volksbegehren der Jungen Grünen hat – im Gegensatz zum Anliegen der GSoA – eine echte Chance, an der Urne zu gewinnen. Und beim Verbot von Offroadern geht es konkret um viel weniger als bei der Abschaffung der ganzen Armee.

Aber die Offroader-Initiative ist – ähnlich wie die GSoA-Initiative vor zwei Jahrzehnten – Ausdruck von Problemen, Symbolen und Stimmungen, die weit über die unsympathischen Gefährte hinaus gehen. Und dass diese besonders gefährlichen und gefräßigen Monster in unserem Kanton besonders verbreitet sind, hat zu tun mit dem überdurchschnittlich hohen Anteil an Reichen. Diese soziale Anomalie macht den anderen nicht nur das Leben schwerer. Sie macht es ihnen auch unsicherer.

Bekanntlich stammt ein Drittel des CO₂-Ausstosses vom Personenverkehr. Die Initiative verlangt deshalb Emissions-Grenzwerte, die dem technischen Fortschritt Rechnung tragen. Wer die existenzielle Gefährdung unseres Planeten wahr und ernst nimmt, muss Benzinfresser wie die Offroader ablehnen. Weiter sind diese Fahrzeuge derart teuer, dass nur Reiche sie sich leisten können. Die Initiative erleichtert es uns, Leute mit kleinem und mittlerem Portemonnaie für ein Umwelthanliegen zu gewinnen. Vor allem aber – und darauf will ich in diesem Beitrag hinaus – ist der Offroader Symbol einer sozial-darwinistischen Logik.

Das Recht des Stärkeren

Sozialdarwinismus ist die Übertragung der darwinistischen Naturtheorie vom «Recht des Stärkeren» auf die Gesellschaft. In Sachen

Sicherheit bedeutet dies, dass die Starken ihre Sicherheit nicht gemeinsam mit den Schwachen verbessern, indem sie die allgemeine Sicherheit erhöhen. Im Gegenteil erhöhen die Reichen ihre Sicherheit, indem sie die der anderen vermindern. Weltpolitisch erleben wir eine Rekordaufrüstung, bei der 45 Prozent auf die USA und weitere 30 Prozent auf die anderen NATO-Armeen fallen. Diese soll den reichen Ländern die Rohstoffe, vor allem das Öl, garantieren. Und sie soll die Privilegierten dieser Welt schützen vor den Verwerfungen, welche die Klimaerwärmung, die Umweltkatastrophen, die Hungersnöte, die Ausbeutung schaffen. Die Armeen der Reichen verlagern ihre Gewalt in die Länder der Armen, beispielsweise in den Irak oder nach Afghanistan. Und sie werden eingesetzt für die Abwehr jener Armen, die beispielsweise fliehen müssen, weil die reichen Länder das Klima erwärmen. So bereitet sich das Pentagon auf Militär-Einsätze gegen die Menschen vor, welche die Inseln verlassen müssen, die beispielsweise in den karibischen Gewässern wegen dem steigenden Wasserspiegel versinken.

Weltordnung im Kleinen

In den Staaten und Städten, insbesondere der USA und Lateinamerikas, erleben wir die Abschottung der Reichen hinter Mauern. Das Geld, das die Reichen der Allge-

meinheit verweigern, investieren sie in die Schaffung kleiner Polizeistaaten am Rande von Städten, die in ihren Zentren verarmen. Oder sie motzen die Zentren auf und sichern sie ab vor den Armen, die in die Aussenquartiere gesperrt werden. Das Geld wird nicht in die gesellschaftliche Entwicklung, beispielsweise in die Bildung und die sozialen Strukturen, sondern in die Repression und die Abwehr investiert. Statt Integration gibt es Segregation, statt Sicherheit für alle verbreitet sich eine allgemeine Verunsicherung.

Die Offroader sind im Kleinen das, was die USA in der Weltpolitik und die Reinghettos in der Innenpolitik vieler Länder sind. Die Insassen der Offroader erhöhen ihre Sicherheit, indem sie die Sicherheit der anderen vermindern. Zuerst die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmenden, der Fussgänger, insbesondere der Kinder, der Velofahrer, insbesondere der Jungen und Alten. Dann aber immer mehr auch die Sicherheit der anderen Autofahrenden. Bei Zusammenstössen mit schweren und grösseren Autos sterben Fahrerinnen und Fahrer von normalen Personenwagen 10mal häufiger. Die kantige, hohe Frontpartie der schweren Offroader wie auch die zusätzlichen extraordinären Stossstangen erhöhen die Verletzungsgefahr zusätzlich.

Aufrüstung im Verkehr

Diese Ungleichheit des Risikos führt zu einer eigentlichen Aufrüstungswelle im Verkehr. Wir alle kennen die Ausrede von Offroad-Besitzenden. «Ich bin es der Sicherheit meiner Kinder schuldig, sie in einem solchen Auto zur Schule zu fahren.» Dass damit die Sicherheit aller anderen Kinder, jener die zu Fuss gehen, jener die mit dem Velo fahren und selbst jener, die mit einem normalen Auto chauffiert



Zug aus der Vogelperspektive: Stadtland oder Landstadt?

BULLETIN: Aber man macht ja das Gegenteil und trägt mit den Verkehrsprojekten zur Attraktivität derjenigen Regionen bei, die gemäss einer Studie der ETH Zürich* zur alpinen Brache gehören. Sollte sich Zug nicht als Teil einer «Metropolitanregion Zürich» verstehen und seine Raumplanung inhaltlich wie auch hinsichtlich der Steuerungsebene dementsprechend anpassen?

René Hutter: Es gibt in den letzten Jahren eine verstärkte Ausrichtung nach Zürich. Man ist sich näher als auch schon. So gibt es etwa eine Zusammenarbeit innerhalb eines Modellvorhabens zum Metropolitanraum Zürich. Zu diesem Metropolitanraum wird auch der Kanton Zug und die Agglomera-

tion Luzern gezählt. Nichtsdestotrotz denke ich, dass sich der Kanton Zug und seine Gemeinden von den typischen Vorortsgemeinden von Zürich, etwa Mutschellen oder Schlieren, unterscheiden. Wir verfolgen ganz klar eine Nischenpolitik im Metropolitanraum Zürich, die Zug als eigenständigen Standort positionieren will.

BULLETIN: Was ist denn die Nische, in der sich Zug sieht? Sicher nicht preiswerter Wohnraum...

René Hutter: Wir versuchen die bestehenden Stärken zu bewahren und die Schwächen zu korrigieren. Betrachten sie etwa das Naherholungsgebiet im Kanton Zug, das ist einmalig - von jedem Punkt im Kanton ist man in maximal fünf Minuten im

Grünen. Diese Qualität muss unbedingt erhalten bleiben. Gleichzeitig wollen wir aber auch, dass sich die unterschiedlichen Regionen im Kanton entwickeln können.

BULLETIN: Aber stellt nicht genau diese Politik das Problem der föderalistischen Organisation der Raumplanungspolitik dar? Jeder Kanton wankelt vor sich her und jede Gemeinde besteht auf ihrer eigenen Gewerbezone und alles zusammen führt dann zu dem Siedlungsbrei, den eigentlich niemand will. Sollte die Flughöhe der Raumplanung nicht eine höhere sein?

René Hutter: Vorneweg, ich bin ein Verfechter des Föderalismus. Föderalismus bedeutet für mich primär ein Wettbewerb der Ideen. In den

Zwischen Zürich, Monaco und dem Freiamt

Interview mit René Hutter, Leiter Amt für Raumplanung Kanton Zug. Das Gespräch hat Philippe Koch geführt. | Bild: Grundbuch- und Vermessungsamt Kanton Zug

20

BULLETIN: Über drei Themenbereiche der Raumplanung möchte ich mit Ihnen diskutieren: Identität, Entwicklung und politische Steuerung. Diese Themenkreise überschneiden sich grosszügig. Dies zeigt sich, wenn ein Blick in die Zukunft geworfen wird. Herr Hutter, wie sieht der Kanton Zug in 20 Jahren aus?

René Hutter: Im kantonalen Richtplan gehen wir davon aus, dass bis ins Jahr 2020 die Bevölkerung auf knapp 130'000 und die Zahl der Arbeitsplätze auf 75'000 anwächst. Während die Bevölkerungszahl sich wie prognostiziert entwickelt, verläuft das Wachstum der Arbeitsplätze weitaus schneller als erwartet. Natürlich, Zug ist als Standort für Finanz- und Handelsunternehmen attraktiv. Doch nicht nur in diesem Bereich wächst Zug. Entgegen dem Bild, das manche vom Kanton Zug zeichnen, hat auch die Zahl der Arbeitsplätze in der Hightech-Industrie zugenommen - die Entwicklung in Risch/Rotkreuz ist hierfür exemplarisch. Mit Blick auf das Thema «Identität» stellt sich nun die Frage: Wie viel Wachstum verträgt der Kanton Zug? Eine schwierige Frage, weil die Identität von Zug nicht eindeutig ist. So spielen etwa die alteingesessenen und einflussreichen Korporationen eine wichtige Rolle in den Kommunen. Zugleich nimmt die Zahl der hochqualifizierten ausländischen Arbeitskräfte rasant zu. Zug ist aber auch ein Kanton mit überdurchschnittlich vielen jungen Menschen. Die Tendenzen sind vielfältig. So ist es schwierig zu sagen, wie Zug in 20 Jahren aussieht und wie die Identität sich entwickeln wird. Ein Aspekt kommt noch hinzu: Vielleicht sollte die Zukunft nicht nur in den bestehenden politischen Grenzen gedacht werden.

BULLETIN: Der Kanton Zug ist durch städtische wie auch ländliche Elemente geprägt. Die Prognosen bis 2020 und auch die aktuellen Bauprojekte (Eisstadion, Belvedere, Foyer) zielen eher auf eine Entwicklung hin zum Städtischen. Verstehen Sie die angesprochenen Projekte als Versuch, eine neue, urbane Identität für Zug zu schaffen?

René Hutter: Grundsätzlich ist natürlich zu sagen, dass die von Ihnen angesprochenen Projekte Sache der Gemeinden und nicht des Kantons sind. Aber es ist richtig: Die neuen Projekte versprechen oder verheissen eine neue Urbanität für Zug. Alle Projekte wollen den Wohnraum verdichten. Doch verdichten heisst nun nicht, dass Betonwüsten entstehen. Man muss bedenken, dass Verdichtung immer auch die Chance bietet, Grünflächen und Erholungsräume zu bewahren und diese vor einer endlosen Zersiedelung zu schützen. Verdichtung steht hier nicht im Widerspruch zu einem lebenswerten Lebensraum. Im Unterschied etwa zu den 1960er und 1970er Jahren will man zudem in Zug durch Verdichtung nicht billigen Wohnraum schaffen. Im Gegenteil: Der neue, verdichtete Wohnraum richtet sich an ein gehobenes Segment.

BULLETIN: Aber «Urbanität» steht doch für mehr als bloss verdichtetes Bauen in die Vertikale à la Monaco, es steht doch auch für soziale Durchmischung, Austausch im öffentlichen Raum und nicht dessen Kommodifizierung...

René Hutter: Das ist sicher ein Punkt, den es zu beachten gilt. Im Unterschied etwa zu Zürich gibt es aber in Zug nur wenige Wohnbaugenossenschaften und auch die staatliche Wohnbauförderung hat in Zug im Gegensatz zu anderen Kantonen wenig Tradition. Wie kann der Kan-

ton aber auch die Gemeinden als Landbesitzer auf diese Entwicklung steuernd einwirken? Eine Frage, die in den nächsten Jahren wahrscheinlich noch wichtiger wird.

BULLETIN: Doch die Entwicklung geht ja in die Richtung, dass unter staatlicher Mithilfe Villenviertel entstehen sollen?

René Hutter: Schauen Sie, in Zug liegt die Einfamilienhausquote bei 17 Prozent. Das heisst, in Zug stehen im Vergleich zu anderen Schweizer Städten sehr wenige Einfamilienhäuser. Zug ist schon sehr verdichtet. Und man muss sehen, dass Quartiere mit vielen Einfamilienhäusern für eine Stadt auch eine Qualität darstellen können. Die Entwicklung in Baar zeigt auf, dass durch Verdichtung am falschen Ort auch Wohn- und Lebensqualität zerstört wird.

BULLETIN: Sie haben zu Beginn gesagt, dass die Zahl der Arbeitsplätze stärker zunimmt als diejenige der Bevölkerung. Warum wird dann die Nordtangente und nicht neue Wohnungen in der Nähe der Arbeitsplätze geplant? Die Rechnung ist doch einfach: Besteht kein politischer Wille, um das Wachstum zu mildern und um verdichtet zu bauen, steigt der Zwang zu pendeln und damit der Verkehr.

René Hutter: Die Gleichung ist natürlich nicht so einfach, wie Sie sie jetzt darstellen: Die Schaffung von Wohnraum führt noch lange nicht zu einer Reduktion der Pendler. Studien zeigen auf, dass die Menschen, und dies trifft vor allem für die Schweiz zu, eher bereit sind, den Job zu wechseln als an einen neuen Ort zu ziehen. Dies ist natürlich ein Problem für die Raumplanung. Das heisst, dass noch lange geplant werden kann - wenn die erwarteten Szenarien nicht eintreffen, nützt die beste Planung nichts.

werden, sinkt, das ist den Offroadern gleichgültig. Offensichtlich sind in ihren Augen Kinder von Reichen mehr wert als die anderen Kinder. Die Stärkeren haben mehr Rechte als die Schwächeren. Ganz ähnlich wie in Stadt und Kanton Zug die Reichen mehr Rechte zum Wohnen haben als die anderen.

Bei der Offroader-Initiative geht es um den Klima- und Umweltschutz. Es geht zusätzlich um die Unfallverhütung. Last but not least geht es um die Verhinderung einer Gesellschaft und einer Weltordnung, welche nach der sozialdarwinistischen Offroader-Logik funktionieren. Und es geht um den Kampf für mehr Fairness und Gerechtigkeit im Verkehr und im ganzen Leben. ■

123'000 Unterschriften haben die Jungen Grünen am 25. August für menschenfreundlichere Fahrzeuge abgegeben.



9

Initiative für menschenfreundlichere Fahrzeuge

I. Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:

Art. 82a (neu) Umweltschutz und Sicherheit bei Motorfahrzeugen

1 Der Bund erlässt Vorschriften zur Reduktion der negativen Auswirkungen von Motorfahrzeugen, insbesondere der Unfallfolgen und der Umweltbelastung durch Personenwagen.

2 Motorfahrzeuge mit übermässigem Ausstoss schädlicher Emissionen, insbesondere von CO₂ oder Feinstaub, sind nicht zugelassen. Der Bund erlässt Emissionsgrenzwerte für die unterschiedlichen Fahrzeugkategorien.

3 Motorfahrzeuge, welche Velofahrende, Zufussgehende oder andere Verkehrsteilnehmende übermässig gefährden, sind nicht zugelassen. Der Bund erlässt Vorschriften für die unterschiedlichen Fahrzeugkategorien.

4 Der Bund passt Vorschriften und Grenzwerte regelmässig dem technischen Fortschritt und neuen Erkenntnissen an.

5 Motorfahrzeuge, welche vor dem Inkrafttreten dieses Artikels oder im Ausland zugelassen wurden, dürfen in der Schweiz weiterhin verkehren. Für Personenwagen, welche von den Absätzen 2 oder 3 betroffen wären, bestimmt der Bund eine tiefere Höchstgeschwindigkeit.

6 Der Bund regelt Ausnahmen für die Zulassung und Verwendung von Fahrzeugen, die von den Absätzen 2 oder 3 betroffen wären, jedoch für bestimmte Einsatzzwecke unabdingbar sind.

II. Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Art. 197 Ziff. 8 (neu)

8. Übergangsbestimmung zu Art. 82a (Umweltschutz und Sicherheit bei Motorfahrzeugen)

1 Ausführungserlasse zu Artikel 82a gehen für Personenwagen von folgenden Mindestwerten aus: a. Zu Abs. 2: Grenzwerte (Normverbrauch): 250g CO₂/km, 2,5 mg Partikel/km. b. Zu Abs. 3: Maximales Leergewicht: 2.2 Tonnen; Frontpartie ohne übermässiges Verletzungsrisiko. c. Zu Abs. 5: Höchstgeschwindigkeit 100 km/h.

2 Treten die Ausführungsgesetze zu Artikel 82a nicht innerhalb von zwei Jahren nach Annahme durch Volk und Stände in Kraft, so erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen vorübergehend auf dem Verordnungsweg.

Kredit, nicht ganz perfekt

Von Lotta Suter, Boston* | Bild ASCE

10

Das überreizte Hypothekengeschäft ist vor einem Jahr geplatzt. Nun ist der Rest der gigantischen Schuldenblase an der Reihe. Zweitklassig sind in den USA nicht mehr bloss einzelne Finanzmarktsegmente, sondern die ganze Volkswirtschaft.

«Lebe reich!» («Live richly!») wählte der grösste Bankkonzern der Welt, die Citigroup Inc. in New York, 1999 als Hauptlogo für das neue Jahrtausend. Mit einem Werbebudget von rund einer Milliarde Dollar überredeten die Finanzleute Hunderttausende von KundInnen dazu, die ganze Geldfrage doch etwas lockerer zu nehmen. Insbesondere wurde der Mittelstand dazu ermuntert, Zusatzkredite aufs Eigenheim aufzunehmen, um so «das frei verfügbare Einkommen zu optimieren». Rund ein Viertel aller amerikanischen HausbesitzerInnen belasten ihr Heim heute zusätzlich zur ersten Hypothek mit einem solchen Huckepackkredit. Bis anhin hatten zweite Hypotheken in den USA einen schlechten Ruf gehabt, sie waren Notlösungen. Aber nun wurden die Wohneigentumsverpfändungen in Home Equity Loan umbenannt. Und die Belehnung des Eigenheims wurde nicht mehr als Rettungsanker des armen Mannes verachtet, sondern als smarter finanzieller Schachzug für AufsteigerInnen verkauft: «Bleib nicht auf deinem Eigenkapital sitzen. Mach Bargeld daraus»,

lockten Finanzinstitute im ganzen Land, denn solche Zusatzhypotheken waren für die Banken doppelt so rentabel wie die übrigen Konsumkredite.

Innerhalb einer einzigen Generation vertausendfachte sich der Wert der ausstehenden Zusatzhypotheken in den USA von einer Milliarde (1980) auf eine Billion Dollar - eine fantastische Spekulationsspielwiese für die Finanzwelt. Doch die breite Bankkundschaft lebt heute kaum reicher. Einige wenige mögen sich mit dem Home Equity Loan eine exotische Safari, einen überdimensionierten Swimmingpool oder schlicht zu viele Trips ins Shoppingcenter geleistet haben. Die meisten US-KreditnehmerInnen verwendeten das Geld für steigende Lebenskosten, etwa Arztrechnungen und Studiengebühren, oder sie glichen mit dem Hauskredit sinkende Löhne und Erwerbsausfälle aus. Fast ein Drittel aller US-AmerikanerInnen gab letztes Jahr an, ihr Auto mit solchen Zusatzhypotheken finanziert zu haben, auch das hierzulande eine meist unverzichtbare Investition.

Flirt mit der Katastrophe

Als Nouriel Roubini, Ökonomieprofessor an der Stern School of Business in New York, im Herbst 2006 vor einer tiefen Wirtschaftskrise in den USA warnte, lachte sein Publikum bloss. Roubini war den ExpertInnen des Internationalen Währungsfonds als unverbesserlicher Pessimist bekannt. Ausserdem hatte er seine düsteren ökonomischen Prophezeiungen nicht wie in diesen Kreisen üblich mit mathematischen Modellen unterlegt.

Trotzdem brach kurz darauf in den USA das Subprime-Geschäft ein, Hedgefonds gingen Konkurs, die Börsenkurse sanken, die Arbeitslosigkeit stieg. Als Professor Roubini ein Jahr später voraussagte, dass die wachsende Liquiditätskrise alle Sektoren des Wirtschaftssystems bedrohen werde, lachte niemand mehr. Spätestens jetzt galt er in internationalen Finanzkreisen als Prophet.

Im eigenen Land allerdings - oder genauer: in der zweckoptimistischen US-Regierung - hört man Roubinis Katastrophenszenarien nach wie vor nicht gern. Jim Nussle, Budgetchef im Weissen Haus, verkündete noch diesen Sommer angesichts des Sturzflugs der Hypothekenbanken Freddie Mac und Fannie Mae sowie anderer Finanzdesaster frohgemut: «Ich glaube, wir haben eine Rezession vermieden.» Demgegenüber prophezeit Mr. Doom, wie die KollegInnen Nouriel Roubini oft nennen: Die Hypothekenkrise wird nicht 300 Milliarden Dollar kosten, wie das die ParlamentarierInnen beider Parteien annehmen, sondern Billionen. Ungefähr ein Drittel der US-Regionalbanken wird untergehen, darunter auch grössere Institute, und ihre Schuld auf den Staat überwälzen. Auch beschränkt sich die gegenwärtige Krise nicht auf Subprime-Hypotheken. Zunehmend problematisch sind auch die Konsumkredite, die Studiendarlehen, Auto-gegen-Geld-Kredite, zweite Hypotheken, die wachsende Unternehmensverschuldung und all die Darlehen, welche fremdfinanzierte Firmenkäufe (sogenannte «leveraged buyouts») ermöglicht haben. «Wir haben nicht bloss einen Subprime-Hypothekenmarkt», sagte Nouriel Roubini kürzlich in einem Interview, «wir haben ein Subprime-Finanzsystem.»

Wem sagt er das? Man muss schon zu dem einen Prozent der Super-



gen massgeblich das Sozial- und Umweltforum Ostschweiz: Ende 2004 setzten sich in St. Gallen Leute verschiedener Organisationen zusammen, um ein gemeinsames Projekt zu planen. Man einigte sich auf ein Forum nach dem Vorbild des Weltsozialforums unter dem Motto «Eine andere Welt ist möglich». Die Jungen Grünen St. Gallen waren schon von Beginn weg dabei. Auf ihre Anregung hin wurde das Forum mit der umweltpolitischen Thematik ergänzt und hiess nun Sozial- und Umweltforum Ostschweiz (SUFO).

Sozial- und Umweltforum Ostschweiz

Das SUFO will die Leute über soziale, ökologische, wirtschaftliche und politische Zusammenhänge informieren und zum entsprechenden Handeln anregen nach dem Grundsatz «Global denken – lokal handeln». Das Forum ist eine Plattform, auf der die Teilnehmer sich untereinander vernetzen können. Ausserdem bietet es NGOs, Parteien, engagierten Gruppen, Kirchen und Gewerkschaften Gelegenheit, sich

Die St. Galler Nationalrätin Yvonne Gilli hat ihre politische Karriere im Kanton Zug gestartet: als Vorstandsmitglied des VPOD und als Mitglied der SAP (Sozialistische Arbeiterpartei).

den Menschen zu präsentieren und ihre Projekte vorzustellen. Das letzte SUFO fand im Mai 2008 statt. Es war bereits das vierte. Im Angebot waren über 50 Workshops, 750 Workshopbesuche wurden gezählt, und am ganzen Forum nahmen über tausend Leute teil. Zwischendurch bewegt sich eine farbige Kundgebung durch St. Gallen. Die Veranstaltung ist zweitägig und wird mit einem Strassenfest beendet. Das nächste Sozial- und Umweltforum Ostschweiz wird am 15./16. Mai 2009 durchgeführt. Das Organisationskomitee, bestehend aus ungefähr 20 jungen Menschen, möchte an den bisherigen Erfolg anknüpfen. ■

19

- 1984 Erster grüner Sitz im Kantonsrat
- 1988 Fünf Sitze im Kantonsrat
- 1991 Beitritt zur Grünen Partei Schweiz sowie erster grüner Nationalratsitz für St. Gallen. Auf der Fraueliste wird Pia Holenstein gewählt. Sie wird 1998 und 1999 im Amt bestätigt.
- 1992 Zusammen mit LdU und EVP Fraktionsstärke im Kantonsrat.
- 2003 erstmals drei verbundene grüne Listen bei den Nationalratswahlen: Grüne, Junge Grüne, Grünliberale. Wähleranteil 7%.
- 2004 werden die Kantonsratswahlen für die Grünen zum grossen Erfolg: Der Stimmenanteil erhöht sich von 4.7 auf 6.9% (Grüne und Grünliberale). Zusammen besetzen wir 10 Sitze.
- 2007 Bei den Nationalratswahlen löst Yvonne Gilli den auf Pia Hollensteins Sitz nachgerutschten Urs Bernhardsgrütter ab. Sie leistete auch einen bemerkenswerten Regierungsratswahlkampf und ist nun sicher die bekannteste St. Galler Grüne.
- 2008 wurde der Kantonsrat von 180 auf 120 Sitze verkleinert. Die Grünen können zwar ihren Stimmenanteil halten, aber sie sind jetzt nur noch mit 2 Frauen und 2 Männern vertreten.



Das neue Buch von Lotta Suter muss gelesen haben, wer wissen will, wie es heute in den U.S.A. jenseits der oberflächlichen Berichterstattung in unserer Tagespresse tatsächlich aussieht.
Suter, Lotta, Kein Frieden mehr
ISBN 3-85869-365-0.

Grün Ding braucht Weile'

Susanne Horare-Widmer, Fraktionschefin; Basil Oberholzer, Junge Grüne und Urs Bernhardsgrütter, Präsident der Grünen St. Gallen | Bild: Grüne St. Gallen

18

Das grüne Engagement im Kanton St.Gallen ist klar: Die Lebensqualität soll für alle verbessert werden. Akzente setzen die Grünen SG vor allem in der Verkehrs-, Gesundheits-, Bildungs- und Energiepolitik. Der Kanton St. Gallen ist ein stramm bürgerlicher Kanton. Trotzdem konnten die Grünen im Stammland des SVP-Präsidenten schon einige Erfolge erringen.

Heute ist das politische Klima im Kanton St.Gallen von einem spürbaren Unterschied zwischen dem Abstimmungsverhalten städtischer Siedlungsgebiete und «dem Land» geprägt. Die Grüne Bewegung entstand in den achtziger Jahren in der Stadt St. Gallen, bald formierten sich Bezirksgruppen im Rheintal, Rorschach, Toggenburg, Wil, Sargans sowie See-Gaster. Auch heute erreichen die Grünen SG die stärksten WählerInnenanteile in den städtischen Agglomerationen See-Gaster, Wil und St. Gallen (Kantonsratswahlen 2008: Stimmenanteile zwischen 9.3 und 5.7%).

Verdoppelung der erneuerbaren Energien

Im Jahr 2005 wurde das grüne Postulat «Energieinstitut Kanton St. Gallen» überwiesen.

Der Postulatsbericht dazu wurde aber ständig verzögert. Es war kein Wille erkennbar, die Energiefragen zur «wichtigen Sache» zu erklären. Die Grünen SG haben darum eine Doppelstrategie entworfen.

Mit neuerlichen Vorstössen im Kantonsrat und einer kantonalen Initiative soll dieser energetische Missstand behoben werden. Die erfolgreiche Motion der Grünen im Kantonsrat verlangte unter anderem: Die Förderungen von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien sollen, gemäss ehemaligem kantonalem Energiegesetz, wieder aufgenommen werden. Entsprechend wird die Kantonsregierung beim Bund auch wieder schnellstmöglich Fördergelder beantragen. Zusätzlich wurde erfolgreich die grüne Energieinitiative lanciert: Der Kanton St.Gallen sorgt dafür,

dass die Produktion erneuerbarer Energie aus Holz/Biomasse, Biogas, Sonne, Wind und Geothermie bis im Jahr 2020 verdoppelt wird. Die Grünen im Kanton St. Gallen sorgten also dafür, dass der Einsatz erneuerbarer Energiequellen wieder finanziell unterstützt wird. Das Vorhaben wurde zwar von Regierung und Rat positiv aufgenommen, die Umsetzung allerdings kürzlich schon zum zweiten Mal verschoben. Im Jahr 2009 soll die überarbeitete St. Galler Energiegesetzgebung endlich vorliegen.

ÖV statt Flughafenausbau

Immer wieder ist für die Grünen auch der Fluglärm ein Thema. Bis heute konnten sie sich zusammen mit der «Aktion gegen Fluglärm Altenrhein» einen Ausbau des Flughafes Altenrhein und eine Umwandlung des Betriebes zum Flughafen mit internationalen Anbindungen (Konzessionierung) verhindern. 36 500 Flugbewegungen pro Jahr sind aus Sicht der Grünen eine viel zu grosse Belastung. Die Zahl der Flugbewegungen soll halbiert und die Flugzeiten eingeschränkt werden. Zukunftsweisend ist vielmehr ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Deshalb fordern die Grünen, dass die Anschlüsse an das Hochgeschwindigkeitsnetz und ein integraler Tarifverbund schnell realisiert werden und dass Mittel für einen Ausbau des öffentlichen und schadstoffarmen Agglomerations- und Grenzverkehrs ins nahe gelegene Ausland bereitgestellt werden.

Abziehen von Ausbildungskosten

Dank der Hartnäckigkeit und der klugen Vorgehensweise der jetzigen grünen Nationalrätin Yvonne Gilli

können Ausbildungskosten für zu Hause wohnende Jugendliche im Kanton St. Gallen wieder abgezogen werden. Bis vor einigen Jahren konnten im Kanton St. Gallen die effektiv geleisteten Ausbildungskosten für Jugendliche in der Steuererklärung abgezogen werden. Der Selbstbehalt lag bei zwei Prozent des Nettoeinkommens, der Maximalabzug bei 15 000 Franken. Weil nur wenige Kantone diesen Abzug kannten, fand er im Steuerharmonisierungsgesetz des Bundes keinen Eingang mehr. Als Widerspruch zum Bundesrecht kippte der Kantonsrat den Abzug für die Ausbildungskosten aus dem Steuergesetz. «Es muss wieder eine kantonale Lösung her», sagte sich die Wiler Grüne Yvonne Gilli. In der vorbereitenden Kommission zur Steuergesetzrevision stiess sie allerdings auf eine Front der Ablehnung. «Das Bewusstsein für das Problem fehlte völlig», erinnert sie sich, «ich blieb mit meinem Antrag allein». Yvonne Gilli liess sich nicht verdrissen und erinnerte die anderen Parteien daran, dass die Standesinitiative zur Wiedereinführung des Ausbildungsabzuges seinerzeit einstimmig für gut befunden worden war. Zwar dämmerte der vorbereitenden Kommission nun langsam, dass an Gillis Idee etwas dran sein könnte. Für ihren Rückkommensantrag reichte es aber immer noch nicht. Für Yvonne Gilli folgte wieder die Überzeugungstournee bei den anderen Parteien. Diesmal gelang der Durchbruch. CVP und FDP sagten ihre Unterstützung zu, die SVP zog am Vormittag des ersten Sessionstages nach und der Antrag Gillis setzte sich letztlich klar durch.

Junge Grüne

Die Jungen Grünen unterstützen diese Aktivitäten unkompliziert und mit grosstem Elan. Sie sind mit drei Mitgliedern im St. Galler und Wiler Stadtparlament vertreten. Sie tra-



11

reichen gehören, die unter der Regierung Bush hübsch eingebettet in ihre abgeschotteten Wohnoasen drei Viertel aller Einkommensgewinne eingesackt haben, wenn man die Wirtschaftskrise nicht schon lange am eigenen Leib gespürt oder in der nächsten Umgebung ausgemacht hat. Ich kenne etliche betagte Menschen, die im letzten Jahr einen schönen Teil ihrer in Aktien angelegten Altersvorsorge verloren haben und nun fürchten, auf ihre letzten Tage armengemässigt zu werden. Ich habe mehrere beruflich qualifizierte Freunde, die sich wegen unvorhersehbarer Betriebschliessungen mit sechzig Jahren noch als Hilfsarbeiter verdingen müssen. Einige Kollegen meiner Teenagekinder treten in die Armee ein, weil sie das als einzige Chance sehen, um zu einer guten Ausbildung zu kommen. Andere brechen ihr Studium vorzeitig ab, weil sie den Schuldendruck nicht mehr ertragen. Gutbürgerliche NachbarInnen verzichten auf den Arztbesuch, weil das Co-Payment, die von PatientInnen zu leistende Zahlung, zu hoch ist. Oder: Unser Dorf veranstaltet eine Wohltätigkeitsveranstaltung, um einem Mitbewohner die teuren Krebsmedikamente zahlen zu können. Zwanzig

Die US-Wirtschaftspolitik der Bush-Administration hat noch andere Gesichter, z.B. die Vernachlässigung langfristiger Investitionen. So schätzte die American Society of Civil Engineers (ASCE) 2005 den dringenden Erneuerungsbedarf für die US-Infrastruktur auf 1.6 Billionen Dollar (das sind 1600 Milliarden). Dringend heisst gemäss ASCE: innerhalb der nächsten 5 Jahre!

Das Bild zeigt eine am 1. August 2007 kollabierende 8-spurige Autobahnbrücke in Minneapolis, die den Mississippi überquert. Der Brückenkollaps forderte 13 Tote. Baujahr der Brücke ist 1967, Einsturzgrund: offiziell noch unbekannt, angenommen wird Korrosion der Stahlkonstruktion.

Prozent mehr US-AmerikanerInnen nahmen letztes Jahr die Foodbanks (Gratisnahrungsmittelhilfe) in Anspruch, gleichzeitig nahmen die Beiträge der Regierung an diese Einrichtungen um neun Prozent ab. Die Unterbeschäftigung in den USA, definiert als Erwerbslosigkeit plus unfreiwillige Teilzeitarbeit, nähert sich zurzeit der Zehnprozentgrenze, Tendenz steigend.

Ernst und Spiel

Vor diesem Hintergrund betrachtet, ist mit der Finanzkrise nicht bloss das Schlaraffenland der Kapitalisten gründlich abgebrannt (siehe Gian Trepp, WOZ Nr. 32/08). Wo schnelle Darlehen anständige Löhne und existenzsichernde Ren-

ten so weitgehend verdrängt haben, wie das in der US-Volkswirtschaft bereits der Fall ist, da platzt mit der Kreditblase auch gleich die Lebensgrundlage einer breiten Bevölkerung, die nicht von einem Tag auf den andern das Leben auf Pump aufgeben will und kann. Seit die Kredite rarer werden und auch das Eigenheim nicht mehr so ohne weiteres belastet werden kann, weichen die Leute unter anderem auf ihre Altersguthaben aus, die sogenannten 401(k). Viele belohnen trotz horrenden Gebühren und Verzugszinsen ihre eigene Zukunft, und die Finanzinstitute steigen flugs in den neuen kurzfristig lukrativen Markt ein: Bereits gibt es eine praktische 401(k)-Debitcard,

mit der wie bei jeder anderen Zahlungsverkehrskarte die Geldbezüge direkt und unkompliziert dem eigenen Konto - in diesem Fall ist es das bereits angesparte Pensionsguthaben - belastet werden.

In die Ecke gedrängt, reagiert die hoch verschuldete Bevölkerung auf zwei extrem verschiedene Arten. Vor kurzem berichtete die Wirtschaftsjournalistin Barbara Ehrenreich über eine Hausbesitzerin, die angesichts der drohenden Zwangsausweisung keinen andern Ausweg mehr wusste als Selbstmord. In der gleichen

Woche hörte ich am Radio eine andere Wohnungsinhaberin, die ihre Situation - hohe Hypothekenschuld bei sinkendem Grundstückwert - kühl analysierte und darauf der ganzen Chose ganz einfach den Rücken kehrte.

«Nun habe ich einen dunklen Fleck auf meiner Kreditweste», meinte sie, «aber der finanzielle Verlust ist kleiner, als wenn ich im Haus geblieben wäre. So kann ich neu anfangen.»

Die erste Frau reagierte so elementar und realitätsnah wie die vielen SubsistenzbauerInnen in Indien, welche ihr Leben beendeten, als das Agrobusiness ihre wirtschaftlichen Grundlagen zerstörte - denn ihre Arbeit, ihr Land, ihr Heim, das war ihr Leben. Die zweite Frau hingegen verhielt sich als gewiefte Playerin. Sie verstand - wie ihre KreditgeberInnen es schon längst taten - das Leben unter anderem als abstraktes Spiel mit dem Risiko, aus dem man aussteigt, bevor die Verluste zu gross werden.

Seit dem neoliberalen Deregulierungsschub der achtziger Jahre, als in den USA unter anderem das Wucherzinsverbot für GläubigerInnen und die Bonitätsprüfungen von SchuldnerInnen unter die Rä-

der gerieten, hat das amerikanische Finanzsystem die «SpielerInnen» den «RealistInnen» klar vorgezogen. Auch in der jetzigen Krise stützt die US-Regierung vorab die grossen risikofreudigen Kredithaie mit Finanzspritzen, statt mit entschlossener Re-Regulierung des Finanzsystems die kleinen Kreditopfer zu schützen. Wall Street versucht mit historisch einmaligen Wahlspenden an beide Präsidentschaftskandidaten sicherzustellen, dass die Prioritäten auch in Zukunft so bleiben. Dass nicht nur

«Die Bombenexplosionen im Irak erschüttern auch den US-amerikanischen Alltag. Was kann eine Demokratie dem jahrelangen Ausnahmezustand entgegenhalten? Wie bleibt eine Gesellschaft im unendlichen Krieg zivil?»

John McCain, sondern auch Barack Obama sich mit WirtschaftsberaterInnen umgibt - etwa solchen aus dem Hause Goldman Sachs -, die zu den Architekten des herrschenden Desasters gehören, stimmt bezüglich einer selbstbestimmten ökonomischen Neuorientierung des Landes eher pessimistisch. Oder wie es unser Mr. Doom formulieren würde: Die USA werden sich zwar irgendwie durch diese Krise hindurchmischeln, trotzdem werden sie daraus als veränderte Nation wieder auftauchen, mit einem deutlich andern Platz in der Welt.

Schulden machen Schule

Wer in den USA nicht in einem Niedriglohnjob landen will, muss studieren, denn eine andere Berufsausbildung gibt es kaum. Aber ein (Fach-)Hochschulstudium ist teuer und wird immer teurer. Es kostet heute etwa doppelt so viel wie 1990. An einer Eliteuniversität überstei-

gen die jährlichen Studien- und Lebenskosten zusammengenommen schon mal den mittleren US-Jahreslohn von etwa 50'000 Dollar. Andere Colleges sind etwas billiger, aber die meisten Familien müssen trotzdem Studiendarlehen aufnehmen. Siebzehn Milliarden Dollar wurden letztes Jahr in den USA für das Studium geborgt - ein Riesengeschäft für die Finanzinstitute, denn Studiendarlehen sind für den Kreditgeber oft staatlich abgesichert, und die jungen Leute müssen dieses Geld auf jeden Fall zurückzahlen. Anders als

etwa bei Konsumkrediten löscht nicht einmal ein persönlicher Konkurs die Studienschuld, die in den meisten Fällen eine sechsstellige Summe ausmacht.

Wegen der Kreditkrise werden dieses Jahr etwa 200'000 StudentInnen keinen

Kreditgeber finden. Millionen werden höhere Zinsen bezahlen müssen. Angeboten werden schon mal Zinssätze von 23 Prozent. Zwar gibt es auch staatliche Stipendien zu 6,8 Prozent, aber diese Darlehen sind längst nicht kostendeckend. Im eben verabschiedeten Gesetz über das Hochschulwesen hat der US-Kongress eine Preiskontrolle für Studiengebühren abgelehnt. ■

* Der Artikel ist erschienen in der *WoZ* vom 4. September 2008. *Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Autorin und der WoZ.*

Unser Tipp zum Lebenszeit gewinnen, besser informiert sein und sogar etwas Geld sparen:
Tageszeitung abbestellen - **WoZ** abonnieren. Einmal pro Monat mit **Le Monde Diplomatique**.
www.woz.ch



Bildung einer Fachgruppe als Resultat von Verhandlungen (Kiesabbau KIBAG).



Dank Einsprachen wurde der Kanton gezwungen, bei der Reussdammsanierung neben dem reinen Hochwasserschutz auch die ökologischen Funktionen des Gewässers zu verbessern. Markantestes Resultat ist die Reussaufweitung zwischen Zollweid und Mühlau.

sonders intensiv waren diejenigen gegen die Kiesabbagesuche von Sand AG und KIBAG, nachdem die Zuger Stimmberechtigten der entsprechenden Richtplanänderung zugestimmt hatten. Die Streitfrage, ob ein Kiesabbau in der geschützten Moränenlandschaft zulässig sei, wurde einerseits mit einer Vereinbarung und andererseits durch das Verwaltungsgericht entschieden. Selten wird ein «Fall» durch einen schnellen Entscheid abgeschlossen. Der verhinderte Werkhof der Korporation Unterägeri in einem Naturschutzgebiet im Hürital bildet da eher die Ausnahme. Üblicherweise werden aufwändige Verhandlungen geführt, Stellungnahmen und Gegenstellungen geschrieben oder immer häufiger gleich eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Sind Projekte auch beim zweiten Anlauf kaum verbessert, können bis zu einer befriedigenden Lösung Jahre vergehen. Bei der Reussdammsanierung hat es fast 10 Jahre gedauert, bis den ökologischen Aspekten des Wasserbaurechts endlich Rechnung getragen wurde. Und auch beim Teuftännlibach in Neuägeri wurden unsere Anträge erst nach 10 Jahren in die Tat umgesetzt. Beide Beispiele werden heute übrigens von den Bauherrschaften, der Baudirektion

Zug und dem Kantonsforstamt Zug - zu Recht - als mustergültige Gewässerrenaturierungen gelobt.

VBR trägt zum Gleichgewicht der Kräfte bei

Die Beispiele zeigen, dass das VBR heute auch im Kanton Zug vor allem präventiv wirkt. Um lange Verfahren oder negative Entscheide zu vermeiden, werden umweltrelevante Projekte entsprechend geplant und im Dialog mit Behörden und Verbänden optimiert. Seit das VBR stärker im öffentlichen Fokus steht, werden Einsprachen und Beschwerden nicht leichtfertig als ein Mittel der politischen Opposition eingesetzt. Umweltrechtliche Kompetenz wie auch Kenntnisse in den jeweiligen Sachgebieten und der verwaltungsinternen Verfahrensabläufe sind zentrale Voraussetzungen, um sich erfolgreich an Bewilligungsverfahren zu beteiligen.

Die Umweltverbände hoffen zusammen mit ihren über 1 Million Mitgliedern, dass die Stimmberechtigten am 30. November den Wert einer intakten Natur und Umwelt als bedeutendes Kapital für den Lebens- und Tourismusstandort Schweiz, aber auch als unendliche Inspirationsquelle erkennen und der VBR-Initiative eine Absage erteilen. ■



Einsprachen als Auslöser einer neuen Wasserbauphilosophie im Forstamt (Teuftännlibach).

Zürcher FDP-Initiative gegen Beschwerde-Recht

Kahlschlag im Natur- und Heimatschutz?

30. November

Nein

www.verbandsbeschwerde.ch



FDP gegen Natur und Umwelt

André Guntern, Präsident Pro Natura Zug, Vizepräsident Alternative Bär
Bilder A. Guntern

16

Am 30. November kommt die eidgenössische Volksinitiative zur faktischen Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts zur Abstimmung. Nach der bereits erfolgten Einschränkung des Beschwerderechts ist die Initiative eine Zwängerei. Bei Annahme der Initiative könnten die Umweltverbände ihre wichtige Rolle als «Anwälte der Natur» bei rechtswidrigen Bauprojekten nicht mehr wahrnehmen. Auch im Kanton Zug konnten in den vergangenen Jahren die Umweltauswirkungen von problematischen Projekten dank Einsprachen reduziert werden.

Die FDP riskiert nun auch im Umweltschutz den Bezug zu den eigenen liberalen Wurzeln und Leistungen zu verlieren. Denn es waren Freisinnige, die 1966 das Verbandsbeschwerderecht (VBR) im Natur- und Heimatschutzrecht verankerten. Der Gesetzgeber hat den Umweltverbänden bewusst die Aufgabe als «Anwälte der Natur» übertragen, um im Fall von allzu wirtschaftsfreundlichen Behörden ein Gegengewicht zu setzen. Es waren auch immer wieder führende FDP-Exponenten wie Willy Loretan, Gilles Petitpierre oder Rudolf Friedrich, die sich für den Schutz unserer Umwelt verdient gemacht haben. Doch nun setzt die FDP zum Schlag gegen die eigene Errungenschaft an.

Propaganda und Realität

Die vom Zürcher Freisinn um Doris Fiala lancierte Initiative schränkt das VBR massiv ein: Parlaments- und Volksbeschlüsse zu Bauprojekten könnten nicht mehr durch ein Gericht überprüft werden, auch wenn dadurch Umweltrecht verletzt würde. Die Umweltverbände werden von den Initianten als notorische Verhinderer angesehen. Sie versprechen dem Volk bei Annahme der Initiative ein höheres Wirtschaftswachstum und viele Arbeitsplätze. Dies ist jedoch reine Stimmungsmache, denn der effektive Einfluss der Umweltverbände auf die Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz wird massiv überschätzt. Vor allem, wenn man weiss, dass 99% aller Einsprachen

von Privaten eingereicht werden. Doch die Absicht ist klar: In einem ersten Schritt soll die aktive Kontrollfunktion der Umweltverbände beseitigt werden und anschliessend wird das Natur- und Umweltschutzrecht verwässert. Gemäss Untersuchungen des Bundes wird das VBR massvoll eingesetzt und die 63% gutgeheissenen Beschwerden zeigen, dass umstrittene Projekte häufig doch nicht umwelt- oder landschaftsverträglich sind. Zudem wurde unter dem Druck der Initiative das VBR erst 2007 erheblich eingeschränkt.

Hardturm als Vorwand

Als Initialzündung für die Initiative gilt bekannterweise das neue Hardturmstadium in Zürich. Der VCS hatte es im Jahre 2004 gewagt, die Höhe der Parkplatzzahlen zu kritisieren und eine umweltverträglichere Verkehrsanbindung des Megastadions mit kommerzieller Mantelnutzung (= Einkaufszentrum) zu verlangen. Er bekam in erster Instanz sogar teilweise Recht. Die Volksseele – vor allem die fussballbegeisterte – sah aufgrund des anhaltenden Verfahrens bereits die Euro 08 in Frage gestellt. Doris Fiala und ihre Crew nutzte die aufgepeitschte Stimmung für den Beginn ihrer Unterschriftensammlung. Nachdem sich der Pulverdampf verzogen hat, kommen die effektiven Fakten wieder zum Vorschein:

- Der VCS hat auf einen Weiterzug seiner Beschwerde verzichtet.
- Das Hardturmstadium ist auch vier Jahre später noch nicht gebaut,

wegen privaten Beschwerden notabene.

- Der Freisinn musste nach der Starteuphorie rund Fr. 1.3 Mio. für die Sammlung der nötigen Unterschriften aufbringen. Mehr als 10 Franken pro Unterschrift – so teuer wurde noch nie eine Initiative erkaufte.

Grossprojekte versus Postkartenschweiz

An den Grossprojekten scheiden sich die Geister. Investoren sehen sich durch lästige Umweltverbände um lockende Gewinne betrogen. Andererseits wäre das Ferienland Schweiz sicher um einige landschaftliche Perlen ärmer, wenn nicht engagierte Organisationen masslose Wasserkraftwerke, Strassenprojekte, Tourismusbahnen, Ferienresorts usw. bekämpft hätten. Ob Aletschregion, Reblandschaft Lavaux, Bolle di Magadino, Greinaebene, Rheinschlucht usw., sie alle würden ohne VBR heute wohl weniger attraktiv aussehen. Obwohl immer wieder im Clinch mit Umweltverbänden, anerkennt der Schweizerische Tourismusverband die Errungenschaften des VBR und sagt deshalb «Nein» zur Initiative. Auch die Organisation espace.mobilité – als Lobby-Vereinigung der Grossverteiler mit den kritischen Umweltverbänden wahrlich nicht auf Schmusekurs – geht auf Distanz zur Initiative. Sie haben gemerkt, dass ihren Anliegen mit einer besseren Koordination zwischen Raumplanung und Umweltschutz weit mehr gedient wäre.

Kanton Zug: viele kleine Fälle

Als Präsident einer beschwerdeberechtigten Naturschutzorganisation kann vom Schreibenden kaum eine neutrale Darstellung zum Thema erwartet werden. Pro Natura Zug hat sich in den vergangenen 10 Jahren an rund 20 Einsprache- und Beschwerdeverfahren beteiligt. Be-

Die «freundeidgenössische Hilfe» und der Zuger Egoismus

Grünspecht – ein kritischer Vogel

Wenn das Geld regiert, geht die Menschlichkeit verloren. Damit lässt sich die Debatte im Kantonsrat zur Verteilung des Überschusses 07 zusammenfassen. Der Kanton streicht in Zukunft die «freundeidgenössische Hilfe»; schliesslich gibt es ja jetzt den Neuen Finanzausgleich NFA zugunsten der finanzschwachen Kantone. Zwischenmenschliche Solidarität wird durch einen buchhalterischen Geldstrom ersetzt.

«Es kann nicht angehen, dass der Kanton Zug zusätzlich zur NFA die Tradition der freundeidgenössischen Hilfeleistung weiterführt.» Der Satz stammt von einer jungen FDP-Kantonsrätin. Die Botschaft: Der Kanton Zug zahlt in den grossen Topf des Finanzausgleichs zwischen den Kantonen – und damit hat es sich. Auch der Finanzdirektor aus den Reihen der christlichen Partei vertritt diese Haltung. Von der SVP nicht zu reden – sie hätte die «freundeidgenössische Hilfe» am liebsten schon dieses Jahr gestrichelt gehabt.

Ein Blick in die Zahlen zeigt die Relationen: In den NFA-Topf zahlt der Kanton Zug 180 Millionen Franken. Für die «freundeidgenössische Hilfe» zugunsten gezielter Projekte in armen Gemeinden setzt der Kanton 500 000 Franken aus dem Überschuss ein; ein Antrag der SP auf Verdoppelung dieses Betrages wurde von den drei rechtsbürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Alternativen und der SP mit 51 zu 19 Stimmen abgelehnt. Mit der «freundeidgenössischen Hilfe» werden gezielt kleinere Infrastrukturprojekte in Berggemeinden unterstützt. Der NFA dagegen soll die unterschiedliche Wirtschafts- und Finanzkraft der Kantone ausgleichen.

Computerclick statt Kontakte

Die Schweizer Grünspechte haben sich mehrere Festreden zum 1. August angehört. Von bürgerlichen Politikerinnen und Politikern von der Mitte bis Rechts. Grüne und linke Politiker werden von den Bundesfeier-Komitees ja selten als

Redner eingeladen; sie haben wohl nicht den «richtigen patriotischen Stallgeruch» (aber das wäre ein ganz neues Thema). Also, diese bürgerlichen Festredner haben allesamt den Zusammenhalt der Eidgenossenschaft und die Solidarität beschworen.

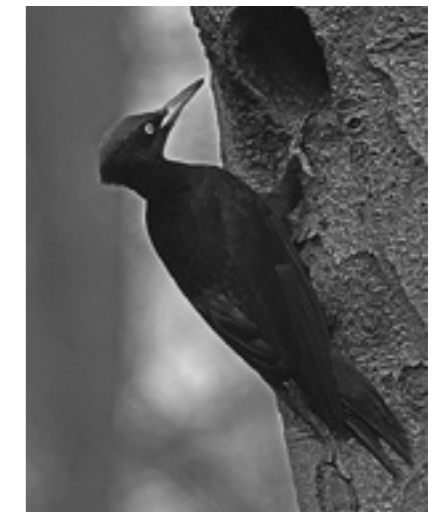
Und die bürgerlichen Zuger Kantonsräte? Sie ersetzen in Zukunft die Mitmenschlichkeit durch einen Computerclick des Finanzdirektors. Mehr braucht es nämlich nicht und der Beitrag an den NFA ist überwiesen. Statt Kontakte und Beziehungen von Kanton zu Kanton, von Gemeinden zu Gemeinden, von Menschen zu Menschen, setzt die rechtsbürgerliche Mehrheit in Zug auf nackte Geldüberweisungen. Im neoliberalen Weltbild, in der alle Beziehungen unter rein monetären Aspekten gesehen werden, ist das ja logisch: Der Mensch ist wert, was er in Geld leistet. Dem Fluss des Geldes haben sich demzufolge auch alle Beziehungen unterzuordnen.

Arm und Reich

Da kann der Grünspecht nur eines sagen – welche menschliche Verarmung. Oder haben etwa Fürst, Stauffacher und Melchtal auf dem Rütli zuerst die Bilanzen hervorgezogen? Da die Urner den neuen Gotthard-Übergang in den Bund einbrachten und somit die Reichsten waren, verlangten sie wohl ein paar Zentner feinsten Käse aus dem Muotathal und ein Jahr lang Gratis-Älppler-Magronen aus Unterwalden als Kompensation in den Ausgleichstopf. Bei Schiller finden sich keine gegenseitigen Aufrech-

nungen von Leistungen, sondern da findet sich der bedingungslose Wille zur Solidarität. Wenn die neoliberalen Geizhälse von heute damals schon das Sagen gehabt hätten, die Eidgenossenschaft wäre nie gegründet worden.

Darum soll der Dalai Lama das Schlusswort haben: «Tag für Tag erleben wir, wie atemberaubender Reichtum zelebriert wird in einer Welt voller Hungertode, Armut, Unterernährung und Krankheiten. Sollten wir uns nicht fragen, ob da vielleicht etwas nicht stimmt? Ich meine, wir müssen Wege finden, Mitgefühl zu einem Teil unserer ökonomischen Aktivität zu machen. Mitgefühl und Liebe sind fundamental für die Beziehungen zwischen den Menschen.» Der Grünspecht ist sicher: Die Zuger Bürgerlichen würden dem Dalai Lama sogar applaudieren und am anderen Tag das Gegenteil beschliessen. ■



13

Der Abstieg hat begonnen

Martin Stuber, Redaktor BULLETIN | Illustrationen ASPO und Bulletin

14

Peakoil ist in den breiten Medien angekommen. Der steile Anstieg des Ölpreises hat dem lauten Schweigen über ein schon lange bekanntes Phänomen ein abruptes Ende bereitet. Dass ein Ölfeld irgendwann mal leergepumpt ist und dass es nicht unendlich viele Ölfelder auf diesem Planeten gibt, ist keine höhere Mathematik...

In der August-Ausgabe der Referenz-Publikation der Ölindustrie, dem Oil & Gas Journal, hat es zum ersten Mal ein bekannter Verfechter der Peakoil-These auf den Cover gebracht: Matthew Simmons. Nicht nur das: Der Hauptartikel ist ein langes Interview mit Simmons und im Editorial wird über Peakoil sinniert. Peakoil ist im innersten Herz der Ölindustrie auch publizistisch angekommen – ein Paradigmawechsel.

Simmons wurde bekannt mit seinem Buch «Twilight in the desert», in dem er die These aufstellt, dass die Ölreserven in Saudi Arabien bedeutend kleiner sind als angenommen. Er hat vor Jahren auch Präsident Bush gebrieft, und es ist ein böser Hintertreppwitz der Geschichte, dass wohl das präzise Wissen der Bush-Administration um Peakoil die Invasion und Verwüstung des Iraks durch US-Truppen wesentlich motiviert hat. Irak sitzt auf den zweitgrössten Ölreserven der Welt, und nicht nur das: Es handelt sich um sehr leicht und damit sehr billig förderbares Öl. Wer für einige Dollar pro Barrel Öl fördern kann, macht bei einem Ölpreisniveau von über 100 Dollar pro Barrel astronomische Gewinne. Damit ist auch erklärt, wieso die Kriegskosten das politische Establishment in Washington nicht kümmern und erst vor kurzem die beiden Parlamentskammern auch mit einer Mehrheit von Demokraten einem entsprechenden Nachtragsbudget von 87 Milliarden Dollar den Segen gegeben haben. Und damit ist auch klar, dass das US-Militär seine mehrere Dutzend Militärbasen im Irak – davon die vier

grössten des weltweit gegen 1000 Basen umfassenden militärischen Herrschaftsinstrumentes – nicht aufgeben wird, wie auch immer der nächste US-Präsident heissen wird. Es sei denn, der Widerstand im Irak und die wirtschaftliche Krise in den USA werden so gross, dass der Irak zu «vernünftigen» Kosten nicht mehr zu halten ist.

Peakoil unvermeidlich

Die letzten grossen Funde von Erdölfeldern stammen aus den 70er Jahren. Seit Mitte der 80er Jahre übersteigt die Weltproduktion die neuen Funde. Wir zehren von den grossen Funden in den 50er und 60er Jahren. Es zeichnen sich nirgends Neuentdeckungen in ähnlichen Grössenordnungen ab. Der Punkt, wo die Weltproduktion zurückgehen muss, weil der Förderrückgang in den bestehenden Quellen nicht mehr mit neuen Funden kompensiert werden kann, wird zwingend erreicht werden. Er kann etwas hinausgezögert werden, indem mit neuen Technologien die Ausbeute aus bestehenden Feldern erhöht wird. Dabei haben neue Technologien aber einen hinterhältigen Effekt: Je effizienter ein Ölfeld ausgebeutet wird, desto schneller ist es auch leer. Genau das ist in der Nordsee passiert. Thatcher hat sich damit gebrüstet, wie das freie Unternehmertum mehr Effizienz in die Ölindustrie gebracht hat – mit dem Effekt, dass nun die Förderung in der Nordsee schneller abnimmt als prognostiziert.

Peakoil erzwingt Umbau

Der ganze Wirtschaftsapparat in den Industrieländern (Produkti-



on, Infrastruktur, Konsumgüter) beruht auf der unbeschränkten Verfügbarkeit von billigem Öl. Die sich öffnende Schere zwischen Nachfrage und Angebot von Öl beim Einsetzen des Produktionsrückganges wird einen wirtschaftlichen Umbau erzwingen. Je eher wir damit beginnen, desto weicher wird der Übergang. Aber vielleicht kommt der Peak etwas früher und wird der Rückgang etwas gedämpft. Der saudische Kö-

Definition von Peakoil

Peakoil ist ein Fachausdruck, der in der Erdölindustrie und der Erdölgeologie verwendet wird. Jede fündige Erdöl- und Erdgasbohrung besitzt ein Produktionsprofil, das mit «Null» beginnt, auf ein Fördermaximum, den Produktions-Peak (engl. =Gipfel) ansteigt, und mit der Zeit wieder auf «Null» zurückgeht. Jeder Produktionsablauf erfolgt ohne Ausnahme in dieser Weise.

Nicht nur jede fündige Erdöl- und Erdgasbohrung besitzt ein Fördermaximum, den Produktions-Peak. Das Gleiche gilt für jedes Öl- und Gasfeld, jede Öl und Gas fördernde Provinz, jedes Becken oder Land, und kumulativ für die ganze Welt.

Alles über Peakoil auf: www.aspo.ch

nig Abdullah wurde von der Saudi Press Agency am 13. April 2008 folgendermassen zitiert: «When new discoveries were made, I told them 'leave them in the ground because our children and grandchildren will need them'.»

Saudi Arabien ist als einziges Land in der Lage, den Ölhahn kurzfristig und substantiell auf- und zuzudrehen – es ist der so genannte «Swing Producer». Bewusst die Förderung reduzieren, das wäre dann der politische Peakoil...

Eine mögliche Antwort

Im zweiten Weltkrieg hat das Schweizer Bürgertum eine grosse Lehre aus dem Landesstreik von 1918 gezogen. Mit einem ausgeklügelten Rationierungssystem wurde dafür gesorgt, dass die Versorgung mit den wichtigsten Lebensmitteln trotz Verknappung einigermassen gleichmässig gesichert wurde. Meine Mutter hat mir mehr als einmal stolz die Lebensmittelkarten aus dieser Zeit gezeigt.

Beim knapp werdenden Öl muss das auf Weltebene organisiert werden. Nur so können mehrere entscheidende Ziele erreicht werden:

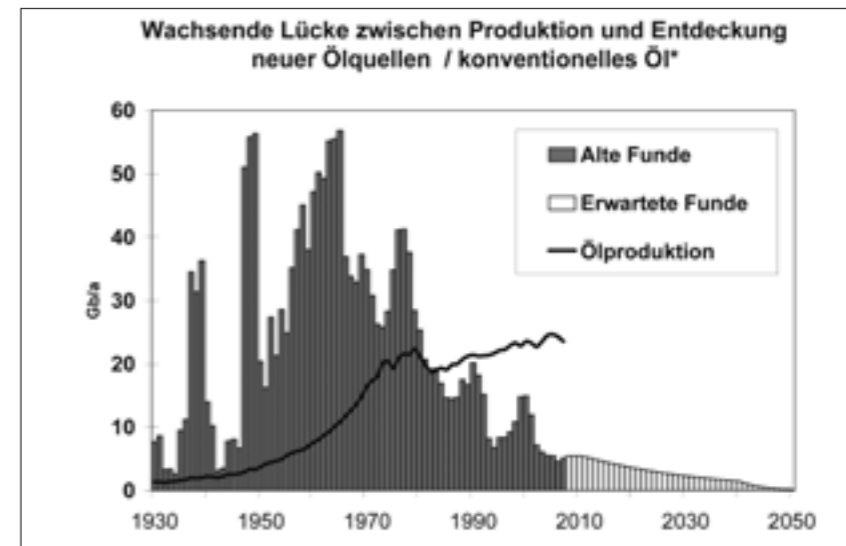
- Nutzung der noch bestehenden Reserven für den nötigen industriellen Umbau
- Gerechte Verteilung dieses Rohstoffes für alle Menschen
- Stabile Preise, welche sich alle Menschen leisten können
- Geplantes Zurückfahren der Produktion und Konzentration der Nutzung als Ausgangs-Rohstoff
- Nutzung des Rohstoffes Öl bis weit ins nächste Jahrhundert.

Mehr zur Ökonomie des Peakoil im nächsten Bulletin. ■

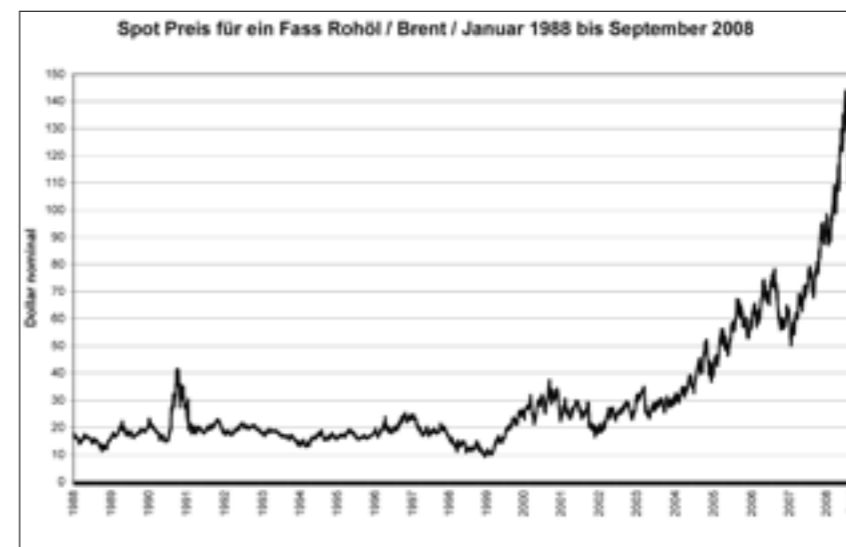
Gut zu wissen

- Die USA fördert knapp 10% der Weltölproduktion, konsumiert aber 24%.
- Die OPEC produziert seit Jahren an der Kapazitätsgrenze – ausser vielleicht Saudi Arabien, von dem niemand weiss, wie die Situation genau aussieht.
- Der Grossteil des Wachstums des Ölverbrauchs in China geht auf das Konto von Benzin und Diesel. Die Motorisierung fordert ihren Tribut.
- Die Schweiz verbraucht jeden Tag eine Viertelmillion Fass Öl. Das sind 40 Millionen Liter – täglich!

15



Die Gegenüberstellung von gefundenem Erdöl und Produktion zeigt deutlich: Der Peakoil ist unvermeidlich.



Die Entwicklung des Ölpreises reflektiert die Verfügbarkeit des Rohstoffes, sobald das Angebot mit der Nachfrage nicht mehr mithalten kann. Jahrelang hat Saudi Arabien als «Swing Producer» den Preis stabil gehalten. Seit 2005 ist die Weltproduktion stabil, die Nachfrage aber gestiegen.

